

Die „Arbeiter“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend mit der Woche“. Der Bezugspreis beträgt bei irrtümlicher Bestellung auswärts 21.- M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Vertriebsstellen Bestellungen entgegen. Unter Verbandsbezogen für Deutschland, Belgien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostpreußen und Litauen 25.- M., für das übrige Ausland 31.- M.

Die Jahrgangspostkarte Nonpareille oder deren Raum kostet 2.- M. einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Postgebühren. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 4.00 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Druckerei: Zentrum 152 30-152 39

Arbeiter

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Parteitag in Leipzig

Heute beginnen in Leipzig die Verhandlungen unseres Parteitages, des ersten Parteitages nach Halle, der in der jetzigen ernsten Situation berufen ist, die Richtlinien für das Verhalten der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands aufzustellen und eine Basis zu schaffen für den gemeinsamen Kampf der großen Massen des deutschen Proletariats um die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Ziele.

Unwillkürlich steigt heute die Erinnerung auf an den unglückseligen Parteitag im Oktober 1920 in Halle, der den stetig fortschreitenden Revolutionierungsprozess der deutschen Arbeiterklasse plötzlich hemmte und den linken Flügel der Arbeiterbewegung in Stücke schlug. Sinowjew triumphierte, als er nach seinem Gastspiel in Halle Deutschland verließ. Mit ihm triumphierten aber auch alle Gegner der revolutionären Arbeiterbewegung, die nach der Spaltung in Halle der Unabhängigen Sozialdemokratie die baldige Sterbepünde prophezeiten.

Es ist anzusehen, als die „guten Freunde“ der U. S. D. rechts und links vorausgesagt hätten. Zwar hat die Spaltung unserer Partei starke Wunden geschlagen und sie eine Zeitlang in ihrer Entwicklung gehemmt. Aber die Niederlage von Halle ist zu einem großen Teil wieder weggemacht, und dank der unermüdbaren Arbeit unserer Parteigenossen ist die U. S. D. — trotz Halle — ein wichtiger Faktor der Arbeiterbewegung und der gesamten deutschen Politik geblieben. Jene jedoch, die, von bolschewistischer Revolutionsphantasie beraubt, ausogen, um durch Zerschlagung der U. S. D. und der Gewerkschaften eine kommunistische Massenpartei ins Leben zu rufen: stehen heute vor Trümmern und Splittern, deren Kasse sich darauf beschränkt, sich gegenseitig aus bestigste zu bekämpfen und der Arbeiterbewegung fortgesetzt Knüppel unter die Beine zu werfen.

Das allgemeine parteipolitische Ergebnis der Spaltung ist leider nicht so schnell überwunden worden, wie ihre organisatorischen Folgen. Es ist nicht zu verkennen, daß durch die Schwächung des linken Flügels der Arbeiterschaft eine Rechtswendung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung eingetreten ist. Gewiß wirkten hier auch eine Reihe anderer Faktoren mit: die Erstarkung des Kapitalismus in Deutschland wie in den anderen Ländern, der Bankrott des bolschewistischen Kommunismus in Sowjetrußland, die fortgesetzten Kämpfe um die Erhaltung des Lebensniveaus, die den Blick von den großen Zielen der sozialistischen Bewegung den Kleinigkeiten usw. usw. Aber entscheidend für diese Wandlung des Charakters der Gesamtbewegung war dennoch die Schwächung der U. S. D. und das, wenn auch nur zeitweilige, Auftreten einer verständnislosigen starken kommunistischen Partei, deren verächtliches Treiben in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung dahin führte, daß die Aktivität der gesamten Arbeiterbewegung gelähmt wurde. Den Nutzen davon hatte die Reaktion, insbesondere dann, als die kommunistische Partei, um ihre Existenzberechtigung nachzuweisen und den nach Halle ausgeschickten Wechsell zu entzweien, den mitteldeutschen Putsch im März 1921 einstellte und namenloses Unglück über tausende von proletarischen Familien heraufbeschwor.

Und doch blieb die U. S. D. auch in dieser kritischen Periode ihrer geschichtlichen Mission treu, die Wortführerin des wissenschaftlichen Sozialismus und der revolutionären Tradition der deutschen Arbeiterklasse zu sein. Sie beschränkte sich nicht darauf, dem verwüstenden Treiben der Kommunisten einen Damm entgegenzusetzen und Kritik zu üben an den Fehlern und Illusionen der rechtssozialistischen Reformpolitik. Sie sah ihre Hauptaufgabe vielmehr darin, ausgehend von den Gesamtinteressen der deutschen Arbeiterbewegung und einer realistischen Einschätzung der Aktionsmöglichkeiten in nationalem und internationalem Maßstabe, Richtlinien für eine praktische Politik aufzustellen, die maßgebend sein sollten für das Verhalten der großen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats. Diese Taktik unserer Partei hat in allen wichtigsten Momenten des vergangenen Jahres: in der Frage der Reparation, bei den Steuerkämpfen, bei den Kämpfen gegen die Reaktion usw., ausgezeichnete Erfolge erzielt und den Gesamtcharakter der Arbeiterbewegung weit über den Rahmen der eigenen Organisation hinaus in starkem Maße beeinflusst. Ob sich die rechts und links von der U. S. D. sichende Arbeiterbewegung davon Rechenschaft abgeben oder nicht, so war das Ergebnis doch dies, daß ihre Stellungnahme zu den großen Fragen des politischen und wirtschaftlichen Kampfes, gleichzeitig aber auch ihre Einstellung zu den Sünden und Fehlern der Vergangenheit, in zunehmendem Maße beeinflusst wurde durch die Richtlinien der unabhängigen Politik.

Dieser Entwicklung ist es vor allem zuzuschreiben, daß sich auf dem Boden der praktischen Notwendigkeiten eine Annäherung der breiten proletarischen

Massen, ohne Unterschied der Parteien anbahnte, und dies in um so stärkerem Maße, als unsere Partei, unbeschwert durch die Rücksichten, die sie vielfach vor der Spaltung zu nehmen hatte, mit größerer Klarheit und Schärfe als in den früheren Jahren ihre Stellung zu den wichtigsten theoretischen und praktischen Fragen der Bewegung zu formulieren vermochte. Es zeigte sich, wie richtig unsere Genossen die Aufgaben der neuen Phase der deutschen Arbeiterbewegung erfaßt hatten, als sie in dem Manifest des Hallischen Parteitages vom 15. Oktober 1920 erklärten:

„Das Proletariat wird in Deutschland einen harten und schweren Kampf führen müssen gegen einen gut organisierten starken Gegner, der ihm einzig und geschloffen entgegentritt. In diesem Kampf kann die deutsche Arbeiterklasse nur den Sieg in einem jähen Ringen erobern, wenn sie selbst einig ist. Sineci kann das Proletariat nicht werden durch Einigungszentralen, voreilige Schaffung politischer Arbeiterräte und durch andere Organisationspielereien oder durch ausgeklügelte Parolen. Einig kann das Proletariat nur werden im revolutionären Kampf um Ziele, die aus seiner Klassenlage, aus seinem Klassenbewusstsein sich mit Notwendigkeit ergeben. Deshalb muß das Proletariat in den Kampf um konkrete Ziele, die ihm reelle Machterweiterung bringen, geführt werden. Nur in diesen Kämpfen, die mit zunehmender Energie, zunehmender Geschlossenheit und Einigkeit geführt werden müssen, werden die Massen zum Entscheidungskampf um die Eroberung der politischen Macht gesammelt werden. Im Vordergrund dieser Kämpfe muß aber immer die Verwirklichung des Sozialismus stehen.“

Die Sätze unseres Hallischen Manifestes sind nicht nur maßgebend gewesen für die taktische Linie unserer Partei in den Kämpfen des vergangenen Jahres, sie sind heute noch bestimmend für den Geist der U. S. D. für ihre Einstellung zu den großen Fragen des proletarischen Klassenkampfes. Die aus dieser Einstellung sich ergebende Auffassung ist auch entscheidend für das Verhalten unserer Partei zu den Fragen, die im Mittelpunkt der Leipziger Tagung stehen: zu den Fragen der Koalitionspolitik, der Einigung und des Kampfes um die Steuern.

Es soll und kann nicht geleugnet werden, daß in einigen Kreisen unserer Partei die Koalitionspolitik theoretisch anders gewertet wird, als das bisher der Fall war. Aber diese veränderte Einschätzung bedeutet nicht etwa eine andere Stellungnahme zu der rechtssozialistischen Koalitionspolitik, sondern sie ist lediglich das Ergebnis einer tieferen und historisch besser begründeten Auffassung des Koalitionsproblems überhaupt. Nach wie vor steht wohl die übergroße Mehrheit unserer Partei auf dem Standpunkt, daß die Koalitionspolitik der deutschen Rechtssozialisten das Proletariat von Niederlage zu Niederlage führt, die Position der kapitalistischen und militaristischen Reaktion befestigt und die Einheit der deutschen Arbeiterklasse auf das schwerste beeinträchtigt hat. Die Ursachen dieser verhängnisvollen Folgen der rechtssozialistischen Koalitionspolitik sind aber nicht in dem äußeren Merkmal der Koalition, in dem Zusammensein mit bürgerlichen Ministern in einer Regierung zu suchen, sondern in dem Geist, aus dem heraus die rechtssozialistische Partei zu ihrem Zusammenregieren mit den bürgerlichen Parteien kam.

Dieser Geist war nicht der Geist des Klassenkampfes, sondern der der Zusammenarbeit der Klassen, der Unterordnung des proletarischen Interesses unter das Interesse der Gesamtheit, d. h. der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Es ist sehr wohl denkbar, daß unter ganz bestimmten Bedingungen ein zeitweiliges Zusammenregieren mit Vertretern bürgerlicher Parteien im Interesse des proletarischen Klassenkampfes und der Revolution liegen könnte. Voraussetzung dafür aber wäre einerseits eine solche Teilung der realen Macht im Staate, ein solches Kräfteverhältnis der Klassen, eine solche Zerrüttung innerhalb des Bürgertums, daß das Proletariat, wie das beispielsweise in den ersten zwei Jahren nach der Revolution in Oesterreich der Fall war, mit Hilfe dieser Koalition die Machtpositionen des Proletariats auszubauen und die Ertragsklassen seiner Revolution zu schaden vermag. Eine andere Voraussetzung dafür aber wäre andererseits eine solche Teilung der realen Macht im Staate, ein solches Kräfteverhältnis der Klassen, eine solche Zerrüttung innerhalb des Bürgertums, daß das Proletariat, wie das beispielsweise in den ersten zwei Jahren nach der Revolution in Oesterreich der Fall war, mit Hilfe dieser Koalition die Machtpositionen des Proletariats auszubauen und die Ertragsklassen seiner Revolution zu schaden vermag. Eine andere Voraussetzung dafür aber wäre andererseits eine solche Teilung der realen Macht im Staate, ein solches Kräfteverhältnis der Klassen, eine solche Zerrüttung innerhalb des Bürgertums, daß das Proletariat, wie das beispielsweise in den ersten zwei Jahren nach der Revolution in Oesterreich der Fall war, mit Hilfe dieser Koalition die Machtpositionen des Proletariats auszubauen und die Ertragsklassen seiner Revolution zu schaden vermag.

Weil diese Voraussetzungen in Deutschland angeht der bürgerlich-reformistischen Einstellung der Rechtssozialisten nicht gegeben waren, wirkte ihre Koalitionspolitik reaktionär und führte letzten Endes eine Schwächung der Gesamtorganisation der Arbeiterklasse herbei. Anders in Oesterreich, wo unsere Genossen aus einer ganz anderen grundsätzlichen Einstellung heraus zur Koalitionspolitik kamen und — in diametraler Gegensatz zu den deutschen Rechtssozia-

listen — diese Koalition ausnutzten, nicht um den alten kaiserlichen Militarismus wieder in den Sattel zu heben, sondern um in Gestalt der republikanischen Wehrmacht einen festen Stützpunkt für den proletarischen Klassenkampf und einen starken Wall für die demokratische Republik zu schaffen. Genosse Otto Bauer hat bereits an dieser Stelle die Einzelheiten der österreichischen Koalitionspolitik auseinandergesetzt, und wir können ihm nur zustimmen, wenn er zu der Schlussfolgerung gelangt, daß Koalition und Opposition, die der parlamentarische Kretinismus für unvereinbare Gegensätze hält, unter bestimmten Umständen nur zwei verschiedene Erscheinungsformen der Teilung der Macht im Staate zwischen Proletariat und Bourgeoisie sind.

Der parlamentarische Kretinismus der deutschen Rechtssozialisten hat die Koalition mit dem Bürgertum als oberstes Gesetz seines politischen Handelns aufgestellt, über dessen Rahmen heraus er nichts zu sehen vermag und dessen äußerer Form er bedenkenlos den sozialen Inhalt des proletarischen Klassenkampfes opfert. Aus dem Gegensatz zu diesem Geist der rechtssozialistischen Politik, der nichts anderes ist als der Geist des reformistischen Ministerialismus und der Zusammenarbeit der Klassen, muß die schroffe Ablehnung der Koalitionspolitik durch die U. S. D. verstanden werden. Diese Ablehnung ist heute noch das Gegebene, da weder die Machtverhältnisse der Klassen in Deutschland noch die geistige Einstellung der großen Mehrheit der rechtssozialistischen Partei eine andere Stellungnahme zur Koalitionsfrage als zulässig erscheinen lassen. Es wäre aber, wie Genosse Bauer zutreffend ausführte, ein Rückfall in den parlamentarischen Kretinismus, wenn der revolutionäre Sozialismus jede Koalitionspolitik als wesenlos betrachten würde. Nur weil sich das wissenschaftliche Gewissen einer Anzahl unserer Genossen gegen diese schablonenmäßige Behandlung des Begriffs der Koalitionspolitik sträubt; nur weil sie sich aus ihrer tieferen Erkenntnis des Geschichtsprozesses dagegen wehren, daß das äußere Merkmal der Koalition über ihren jeweiligen sozialen Inhalt gestellt wird, wenden sie sich dagegen, daß die Ablehnung der Koalitionspolitik „grundsätzlich“ festgelegt werden soll.

Die verschiedenartige Einstellung der U. S. D. und S. P. D. zu der Koalitionspolitik wird mit Recht als die hauptsächlichste Differenz zwischen diesen beiden Parteien betrachtet. Es wäre aber falsch, diese Differenz als Frage anzusehen zu behandeln. Hinter der Meinungsverschiedenheit in der Koalitionsfrage stehen zwei verschiedene Auffassungen in der Frage des Klassenkampfes und der Stellung zur kapitalistischen Gesellschaft überhaupt. Gewiß hat sich, unter der Einwirkung der schlimmen Erfahrungen der Koalitionspolitik der letzten Jahre, eine gewisse Wandlung auch in rechtssozialistischen Kreisen in dieser Frage vollzogen. Aber diese Wandlung ist nicht so stark, als daß sie die Gegensätze überbrücken könnte, die heute noch in den grundsätzlichen Fragen des Klassenkampfes zwischen den getrennt marschierenden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands bestehen.

Es wäre müßig, darüber zu klagen, und noch müßiger, diese Gegensätze durch diplomatische Spielereien zu verhüllen. Es ist heute noch richtig, was im Hallischen Manifest gesagt wurde, daß die Einigkeit des Proletariats weder durch Organisationspielereien noch durch ausgeklügelte Parolen herbeigeführt werden kann. Nur in einheitlichen geschlossenen Kämpfen um klar erkennbare, reale Ziele der Arbeiterbewegung kann die Einheit des deutschen Proletariats gesichert werden. Nur im gemeinsamen Ringen um die Verwirklichung von Aufgaben, die sich aus der Klassenlage des Proletariats und aus dem Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung ergeben, kann jene Annäherung, jenes Vertrauen, jenes gegenseitige Verständnis geschaffen werden, ohne deren Vorhandensein die Einigung der proletarischen Parteien nur ein leerer Begriff bleiben würde.

Aus dieser Erkenntnis heraus kann es sich keineswegs darum handeln, über die Einigung der U. S. D. mit den beiden anderen proletarischen Parteien zu beraten. Wohl aber kann und muß in Leipzig der Boden bereitet werden für eine Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien, soweit sie sich auf den Boden gemeinsamer politischer Aufgaben, unter Einhaltung proletarischer Disziplin und proletarischer Solidarität stellen. Für eine solche Kampfgemeinschaft würde sich angeht der ungeheuer zugespitzten Klassengegensätze und tiefgehender wirtschaftlicher und politischer Probleme in Deutschland ein großes Tätigkeitsgebiet eröffnen. Nur eine solche Kampfgemeinschaft könnte der unheilvollen Zerrüttung der Arbeiterbewegung ein Ende setzen, den Boden für die künftige Einigung vorbereiten und der Idee des Sozialismus wiederum jene Anziehungskraft bei den breiten Massen der

absetzenden arbeitenden Bevölkerung verschaffen, die notwendig ist, um siegreich gegen die vereinten Kräfte des kapitalistischen Bürgertums und des feudalen Junkertums vorzugehen.

Die auf der Tagesordnung des Leipziger Parteitagess stehenden Fragen werden genügend Gelegenheit geben, um unter dem Gesichtspunkt der Gesamtbewegung des deutschen Proletariats die nächsten Ziele der Partei, und über ihre Grenzen hinweg die Ziele der großen Kampf-gemeinschaft des deutschen Proletariats zu formulieren. Niemand in unseren Reihen gibt sich der Annahme hin, daß die Verwirklichung dieser Ziele, daß der Zusammenbruch der großen Massen des deutschen Proletariats auf dem Boden der von uns formulierten Aufgaben von heute auf morgen zu verwirklichen. Niemand verkennt den ungeheuren Ernst der Situation und die Kompliziertheit der zu bewältigenden Aufgaben in der inneren und äußeren Politik. Niemand überieht auch die Tatsache, daß die kapitalistische Reaktion ungeheuer erstarkt ist und sich anschiebt, ihre Position nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Rahmen zu befestigen. Aber gerade im Hinblick auf diese schwierigen Verhältnisse sind wir uns unserer besonderen Aufgabe bewußt, gegenüber dem entnervenden, lähmenden Einfluß des Reformismus, wie gegenüber den puschistischen, zersetzenden Einflüssen des Kommunismus, den Kampfsgeist und die sozialistische Erkenntnis der proletarischen Massen wach zu halten und zu verstärken, um auf dem Boden der gegebenen Möglichkeiten die Machtergreifung des deutschen Proletariats zu befestigen und es einzugliedern in jene große Internationale, deren Schaffung die Wiener Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien in Angriff genommen hat.

Friedrich Engels hat in seinem Briefe an Marx vom 13. Februar 1851, in dem er unheimlich scharf Kritik übte an den „Konspirationen von Schaffhausen“, die mit ihrem Wortradikalismus glaubten, die Welt aus den Angeln heben zu können, u. a. folgendes geschrieben:

„Wir können der Sache noch immer revolutionärer sein als die Phrasenmacher, weil wir etwas gelernt haben und sie nicht, weil wir wissen, was wir wollen, und sie nicht.“

Wir sind überzeugt, daß unsere Genossen in Leipzig im Sinne dieser Worte beraten und handeln werden. Denn wir haben aus den Ereignissen gelernt, und wir wissen, was wir wollen, um das deutsche Proletariat zum Siege zu führen.

A. Stein.

Unsere Frauentag

Eigene Drahtmeldung

Leipzig, 7. Januar.

Einen antzogenen Luftakt zu dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie bildete die heutige Sitzung der zweiten Frauentag, die von unserer Partei einberufen worden war. Es mag sein, daß unsere Frauenbewegung zahlenmäßig hinter der der rechtssozialistischen Partei zurücksteht; was aber ihre Bedeutung und ihren geistigen Gehalt kennzeichnet, das ist die Tatsache, daß die Auflage der „Kämpferin“, unseres Frauenorgans, fast viermal so hoch ist, als die der „Gleichheit“, des rechtssozialistischen Frauenblattes. Das soll natürlich nicht bedeuten, daß unsere Genossinnen mit dem zufrieden sein wollen, was bisher erreicht worden ist; aus dem Referat der Genossin Zieg und aus den Ausführungen der Diskussionsrednerinnen klang immer wieder hervor, daß in unermüdlicher, zäher Arbeit alles darangelegt werden müsse, um den Indifferentismus unter den arbeitenden Frauen zu überwinden und sie der sozialistischen Arbeit unserer Partei zuzuführen.

Das eine hat sich aus der Debatte deutlich hervorgehoben, daß unsere Genossinnen die Spaltung organisatorisch überwinden haben und daß die Grundlage gelegt ist für eine weitere kräftige Aufwärtsbewegung unserer Bewegung auch unter den Frauen. Daß nicht alle Bezirke im Reich die gleichen Erfolge aufzuweisen haben, ist erklärlich; die zurückgebliebenen Gegenden werden von der Konferenz wertvolle Anregungen mitbringen und sie für die künftige Tätigkeit verwerten können. Freilich begnügte sich die Tagung nicht damit, Berichte entgegenzunehmen und sie zustimmend zu besprechen, es wurde auch lebhafter Kritik an dem einen und dem anderen geübt, aber sie hielt sich stets in sachlichen Formen, und alle Genossinnen bemühten sich, die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse auch dann voranzutreiben, wenn sie nicht mit allen Maßnahmen der leitenden Genossinnen und nicht mit jedem einverstanden waren, was in der „Kämpferin“ enthalten war. Der Berliner Antrag auf Schaffung einer Preßkommission wurde abgelehnt, und das beweist, daß unsere Genossinnen im Reich im allgemeinen mit der Haltung und dem Inhalt der „Kämpferin“ einverstanden sind. Die Unzufriedenheit mit dem und jenem galt auch weniger dem Inhalt der „Kämpferin“, sondern sie beruhte auf dem Wunsche nach reichere Ausgestaltung des Blattes. Aber das ist schließlich eine Kostenfrage, die unter den heutigen schwierigen Umständen ebenso schwer zu lösen ist, wie bei der allgemeinen Agitation.

Der erste Tag der Frauentag schloß mit einem großzügigen und inhaltreichen Vortrag der Genossin Mathilde Wurm über Jugendfürsorge und Wohlfahrtsarbeit ab. Wir werden darüber noch ausführlich berichten.

Sitzungsbericht

(Schluß des Berichts aus dem 2. Beiblatt.)

Genossin Gärtner (Braun) erklärt, daß sie durch die bisherige Ausprägung in keiner Weise befriedigt worden ist. Der Inhalt der „Kämpferin“ ist zufriedenstellend. Es wäre besser gewesen, man hätte darüber gesprochen, wie die „Kämpferin“ die weiteste Verbreitung finden könnte.

Genossin Wengels (Berlin) spricht nochmals für den Antrag Berlin und polemisiert gegen die Genossinnen Christmann und Agnes. Die Berliner Genossinnen haben an der „Kämpferin“ keine Kritik geübt. Sie haben nur den Antrag auf Einsetzung einer Preßkommission eingepreßt. Die Mitglieder dieser Kommission sollen nicht nur von Berlin, sondern von ganz Deutschland bestellt werden. Die „Kämpferin“ muß bleiben ein Organ des Klassenkampfes.

Genossin Nemitz (Berlin) tritt dafür ein, die Schreibweise der „Kämpferin“ so zu lassen, daß sie als Erziehungsorgan für weite Kreise der Arbeiterklasse wirkt. Die Kritik ist an sich erfreulich; denn sie zeigt, daß die „Kämpferin“ nicht nur abonniert, sondern auch gelesen wird. Die Rednerin wendet sich gegen die Einsetzung einer Kommission, sie möchte aus dem ganzen Reich zusammengelesen werden. Die Frage weilt aber an den Kosten. Die Genossinnen sollten nur recht tüchtige Mitarbeiterinnen der „Kämpferin“ werden.

Arnold (Leipzig) spricht über die Ausgestaltung der Kinderbeilage. Bilder sollten in ihr Aufnahme finden. Die Beilage sollte extra gedruckt und in den Kindergruppen abgesetzt werden. Die Debatte ist erschöpft.

Genossin Zieg hält das Schlusswort. Sie geht auf die verschiedenen Anregungen ein, die in bezug auf die Ausgestaltung der

Die Einigung aller Arbeiter

Kurs geradeaus!

Unter diesem Titel schreibt Genosse Hans Bloß, der leitende Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, in der Parteitagssnummer:

„Der Einigungswille des Proletariats, über dessen Stärke wir uns nicht täuschen dürfen, macht uns zur Pflicht, die Möglichkeit der Einwirkung auf die rechtssozialistische geführten und beeinflussten Arbeiterparteien nicht zu verlieren. Es ist eine traurige, aber deswegen nicht minder feststehende Tatsache, daß eine Einigung mit der kommunistischen Partei, ja auch nur ein engeres Zusammenarbeiten mit ihr unter ihrer heutigen Führung eine Unmöglichkeit ist. Ganz abgesehen von all den gekäuften Erfahrungen, die unsere Partei mit den kommunistischen Führern gemacht hat, die noch nie eine Ermüdung ehrlich gehalten haben, sondern stets hinterher den Kamfgenossen in den Rücken gefallen sind, selbst wegen Handlungen, die sie mitbeschlossen hatten — ganz abgesehen auch von der unmöglichen und verderblichen Politik, in die diese Führerschaft immer wieder zurückfällt, und von der Unselbstständigkeit, die ihre Passivität zu Moskau bedingt, von alledem abgesehen, ist die Möglichkeit schon deswegen nicht gegeben, weil diese Partei nur noch ein verfallener Trümmerhaufen ist, und jeden, der sich mit ihr einläßt, mit in ihren Bankrott hineintreiben müßte. Diese Partei ist nicht mehr zu sanieren, sie muß ihren Weg in den Abgrund bis zum Ende gehen, sie wird binnen kurzem eine einflusslose Sekte sein. Man verbindet sich nicht mit einem Leichnam. (Die kommunistische Arbeitsgemeinschaft kann als politischer Faktor außer Betracht bleiben, sie stellt nur ein Häuflein Offiziere ohne Soldaten dar.) Das heißt natürlich nicht, daß wir die kommunistischen Arbeiter zurückstoßen wollen. Die Einigung aller Arbeiter bleibt unser oberstes Ziel. Und wir wissen, daß sehr viele brave und tapfere, von den besten Absichten besetzte Proletarier in jenem Lager stehen. Aber unter ihrer heutigen Führung können sie leider nicht unsere ehrlichen Verbündeten werden. Eine innere Regeneration der kommunistischen Partei, die ihr den blaugrünen, bakuninischen Charakter nimmt, erscheint fast aussichtslos, ist jedenfalls nicht in Kürze zu hoffen. Kommt sie, so werden wir sie freudig begrüßen und die Partei als Mitkämpferin willkommen heißen.“

Die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung liegt heute in dem Zusammengehen der rechts von den Kommunisten getrennten Arbeitermassen. Gewiß sind die Aussichten einer Zusammenarbeit mit den Rechtssozialisten nach Görlich auch stark verschlechtert. Aber das Bedürfnis der Arbeiterklasse nach der Einigung ist deshalb nicht geringer geworden. Lange dürfte es daher den rechtssozialistischen Führern nicht gelingen, die Partei im Görlicher Kurs zu halten, dafür werden schon die bürgerlichen Parteien sorgen. Die Steuerfrage wird ein Sprengpulver für die große Koalition sein, gegen das alle Koalitionsgelüste der Führerschaft nicht auskommen.

Die Politik von Görlich ist eine Eintagsfliege. Der Drang nach der Einheit aber bleibt bestehen. Die proletarische Partei, die sich ihm widersetzt, die ihn zu sabotieren sucht, wird auf die Dauer den Schaden davon haben. Wer für die deutsche Arbeiterbewegung wirken will, der muß das seinige dazu tun, daß der Weg nach diesem Ziel gebahnt und gegangen wird. Das heißt natürlich nicht, daß sich die U. S. P. der S. P. D. einfach ausliefern, sondern das heißt, daß die U. S. P. eine Politik treiben muß, die es ihr möglich macht, den linken Flügel der S. P. D. zu stärken und so die Politik der S. P. D. wieder mehr und mehr mit Klassenkampfgeist zu durchdringen. Die Gelegenheit zum gemeinsamen Kampf und gemeinsamer Arbeit muß wahrgenommen werden, damit sich auf diese Weise eine Annäherung der Kräfte vollzieht, die schließlich die Einigung auch organisatorisch möglich macht.

Zu Görlich haben die rechtssozialistischen Führer der Einigung keine in den Weg gerollt. Hätten wir uns in Leipzig dasselbe zu tun. Das würde geschehen, wenn wir das für eine bestimmte Situation geschaffene Aktionsprogramm zum Dogma stabilisieren wollten, wenn wir die Möglichkeit, für das Proletariat auch auf anderem Wege als über die Rätediktatur zur Herrschaft zu kommen, verneinen wollten, wenn wir die Frage, ob nicht einmal eine Situation kommen kann, in der wir in eine Koalition mit gewissen bürgerlichen Parteien willigen müßten, grundsätzlich verneinen wollten, anstatt sie als eine Frage der Taktik anzusehen...

Ueber die Einigungsfrage

Am Schluß eines Artikels zum Parteitag in Leipzig, der in der eben erschienenen Nummer des „Sozialist“ abgedruckt ist, macht der Genosse Eugen Prager beachtenswerte Ausführungen zur Einigungsfrage, die wir nachfolgend wiedergeben.

Es ist begreiflich, daß gerade in den Kreisen unserer Partei, die auf diese Ergebnisse unserer Politik stolz sind, sich ein starker Widerwille gegen das Zusammengehen und gar die Wiedervereinigung mit der rechtssozialistischen Partei regt, deren Politik, mag sie von noch so großen Massen gebilligt sein, doch nur eine Kette von Fehlschlägen darstellt. Die Daten mancher rechtssozialistischen Führer haben ihre Partei in der Vergangenheit so schwer belastet, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter auch heute noch, wo diese Führer schon längst keine Rolle mehr spielen, nur noch mit Abscheu ihrer gedenken. Dazu kommt noch, daß von der Kriegspolitik der Rechtssozialdemokratie eine gerade Linie zu ihrer Koalitionspolitik in der Nachkriegszeit führt. Das alles erzeugt jene Stimmung bei uns, die durch immer erneute besondere Betonung unseres abweichenden Standpunktes die Verständigungsmöglichkeit erschwert.

Für die Arbeiterbewegung kommt es aber weniger darauf an, was sich in der Vergangenheit ereignet hat, als auf die Aufgaben, die künftig zu lösen sind. Der Krieg hat die weltwirtschaftlichen Fragen erst aufgeworfen, sie aber noch

nicht gelöst. Die Stellung der deutschen Arbeiterklasse wird bestimmt werden von der weiteren Entwicklung in Weltwirtschaft und Weltpolitik. Noch vor dem Spaltungsparteitag von Halle mochte es einem Teil der deutschen Arbeiter so scheinen, als ob die soziale Revolution von Moskau ausgehen und sich nach dem Westen verbreiten würde. Heute aber haben es selbst die Gläubigen von Moskau eingelesen müssen, daß die Verwirklichung des Sozialismus nicht im Gefolge der Agrarrevolution in Rußland marschieren, sondern eine Überwindung des kapitalistischen Systems, das seinen Hauptsitz in England und Amerika hat, darstellen wird.

Von diesem Standpunkt aus muß die Einigungsfrage, müssen auch alle anderen taktischen Probleme der deutschen Arbeiterbewegung beurteilt und behandelt werden. Die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat sich bisher im großen und ganzen bewährt; es kommt aber nicht darauf an, daß wir moralisch recht behalten haben, sondern daß wir die Massen der uns noch fernstehenden Arbeiter für unsere Forderungen gewinnen. Die kommunistische Partei hat völlig abgewirtschaftet, sie kommt als ernsthafter politischer Faktor nicht mehr in Frage. Daß wir die Organisation der rechtssozialistischen Partei sprengen könnten, daran kann im Ernst niemand von uns glauben. Wir müssen daher versuchen, eine Basis des Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratischen Partei zu finden; nicht um nach der kommunistischen Zellenlehre mit Arglist und Schlaubei die rechtssozialistische Organisation von innen heraus zu unterhöhlen, sondern um deren Politik so zu beeinflussen, daß sie unseren Auffassungen über Sozialismus und Klassenkampf entspricht. Wie sich der weitere Gang dieser Entwicklung vollziehen wird, ob eine Arbeitsgemeinschaft oder eine organisatorische Verschmelzung daraus entsteht, darüber brauchen wir uns jetzt nicht den Kopf zu zerbrechen. Eins vor allem wird dabei zu beachten sein, daß bei dieser gemeinsamen Arbeit gegenseitiges Vertrauen besteht und nicht immer wieder das Gegenteil, was uns auseinandertrieb, sondern daß das in den Vordergrund gerückt wird, was uns miteinander jetzt und in der Zukunft verbindet. Die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung, der gemeinsamen Kampf werden dann dafür sorgen, daß die deutsche Arbeiterbewegung sich wieder als Klassenpartei auf einem einheitlichen grundsätzlichen Boden zusammenschließt und alles wieder in ihren Vorn nimmt, was sich jetzt verzerrt und irre geworden von der Arbeit zurückgezogen hat.

Wenn der Parteitag von Leipzig in diesem Sinne an die Probleme der Arbeiterbewegung herangeht, so wird er wirklich das werden, was unser Singet so oft von den Parteitag der alten Sozialdemokratie gesagt hat: ein Markstein in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse.

Ein „sehr feines Manöver“

Was hinter der kommunistischen „Einheitsfront“ steckt

In der „Roten Fahne“ ist es uns verdacht worden, daß wir den Aufruf der Moskauer Exekutive zur Herstellung der Einheitsfront des Proletariats als eine widerliche Heuchelei bezeichnet und darauf aufmerksam gemacht haben, daß dieselben Leute, die jetzt hysterisch nach der Überwindung der Gegensätze schreien, bisher nichts anderes getan haben, als das Proletariat zu spalten und die Arbeiterbewegung zu schwächen. Was hinter der neuesten kommunistischen Parole von der „Einheitsfront“ steckt, das hat Sinowjew, der Vorsitzende der Moskauer Exekutive, in deren Sitzung vom 4. Dezember deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Die Internationale Pressekorrespondenz der kommunistischen Internationale, also gemäß eine unerbürdliche Quelle, brachte aus der Rede Sinowjews über die „Einheitsfront“ folgenden Bericht:

Kun darf man aber nicht übersehen, daß dieser Weg auch sehr große Gefahren birgt. Sie bestehen darin, daß unsere Parteien teilweise noch nicht ganz kommunistische Parteien sind, sie haben sich noch nicht vollständig, noch nicht gut organisiert, noch nicht wirklich das Verhältnis zwischen sich und den zentralistischen Elementen zerhackt, noch nicht geistig vollständig orientiert. Hier haben wir ein sehr feines Manöver durchzuführen. Wenn man die Parteien das noch nicht gelernt haben, so sollen sie das lernen, sie werden vielleicht Irrtümer machen, aber lernen müssen sie das. Auf die Gefahren müssen wir aber hinweisen. Die einzig klare ultimative Bedingung soll darin bestehen, daß keineswegs die Selbstständigkeit einer unserer Parteien dabei in Frage gestellt werden darf. Davon kann keine Rede sein. Und wir müssen auch darauf bestehen, daß die volle Freiheit der Kritik an der 2. und 2 1/2 Internationale aufrecht erhalten wird. Die Amsterdamer werden auch weiter sabotieren. Sie werden unannehmbare Bedingungen aufstellen, zum Beispiel, Liquidation der Roten Gewerkschaftsinternationale. Aber weil sie sich ausschweigen, können wir nicht sagen: Halte sie der Zensur. In manchen Parteien, wo noch halbzentristische Führer sind, wird man sagen: Wir haben es ja immer gesagt, die Linie aus der 2. und 2 1/2 Internationale sind nicht so schlimm usw. Wozu braucht man da die Spaltung? Das ist eine dialektische Sache, die jeder Kommunist verstehen muß. Eben weil es eine Sprache von Spaltungen ist, und nachdem wir eine Macht geworden sind, können wir uns erlauben, unter gewissen Bedingungen mit der 2. und 2 1/2 Internationale zu arbeiten, um schneller die Massen auf die Seite des Kommunismus herüberzuführen. Aber wenn wir die Spaltung nicht gemacht hätten, so wären wir selbstverständlich nicht der Herrscher, der wir sind und können dieses Manöver jetzt nicht durchführen. Es ist möglich, daß wir noch Spaltungen werden durchführen müssen.“

In der Tat, ein „sehr feines Manöver“! Jeder ehrliche Arbeiter aber wird einen förmlichen Ekstase empfinden vor dieser Gesellschaft, die erst die Arbeiterbewegung zertrümmert, sich dessen noch rühmt und sie jetzt „einigt“ — natürlich nur zu kommunistischen Parteizwecken.

Nein, die Wiederherstellung der proletarischen Einheitsfront wird nicht durch Schlaubei und Arglist erfolgen, selbst wenn sie von Moskau befohlen wird, sondern im Kampfe der ganzen Arbeiterklasse gegen weitere Verelendung und für die Ziele des Sozialismus!

„Kämpferin“ gemacht worden sind. Es wird alles getan werden, was möglich ist, um die „Kämpferin“ auszugestalten. Die ziellose Verwirrung des Druckpersons läßt nicht zu, alle Wünsche auf Lieferung von billigen Zeitungsdrucken und sonstigem Agitationsmaterial zu erfüllen. Soweit wir Mittel haben, wollen wir den Wünschen Rechnung tragen. Die Rednerin spricht für Aufbringung größerer Geldmittel zur Agitation. Die Zentrale, die dann zu Geld kommt, wird dann die Bezirke mit Agitationsmaterial versorgen können. Wir sind dafür, die „Kämpferin“ möglichst obligatorisch einzuführen, denn zu diesem Zweck müssen die Beiträge wesentlich erhöht werden. Genossin Zieg empfiehlt die Schließung der Genossin Ottilie Baader, in der sie ihren heftigen Aufstieg schildert. Sie hat bei schwerer Erwerbsarbeit doch Zeit gefunden, sich fortzubilden. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Heute gibt es den Achtstundentag, heute ist es leichter zu lernen und zu agitieren. Ein harter Wille kann vieles durchsetzen. Lehnen Sie den Antrag auf Einsetzung einer Preßkommission ab und überweisen Sie alle anderen Anträge der Zentrale zur Berücksichtigung.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Einsetzung einer Preßkommission für die „Kämpferin“ mit großer Mehrheit abgelehnt; alle anderen Anträge auf Ausgestaltung der „Kämpferin“ sowie die Anträge zur Förderung der Agitation, sowie der auf Anstellung einer Sekretärin für die Agitation werden der Zentrale zur Berücksichtigung überwiesen.

Sodann erstattet Genossin Demmning den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 24 Bezirke durch 120 Genossinnen vertreten, wovon 111 Bezirke aus Frauentag, und nur neun Genossinnen gleichzeitig zum Parteitag delegiert waren. Die Mandatsprüfungskommission hat alle Mandate für richtig befunden, die Konferenz stimmt zu.

Darauf hält Genossin Mathilde Wurm einen Vortrag über Jugendfürsorge und Wohlfahrtsarbeit.

Die Kosten für die Belegung des Barenlandes. Die Belegung Wollungarn wird im ganzen 15 000 Soldaten, 1000 Offiziere, 100 Autos und 400 Pferde beanspruchen. Die Kosten der Belegung werden gegen 200 Millionen betragen.

Wieder ein Bluturteil

Der mißglückte Anschlag auf die Kundsburger Hochbrücke bestrafte Freitag und Sonnabend das Reichsgericht. Acht Kommunisten aus Kundsburg und Neumünster waren angeklagt, während der Unruhen in Mitteldeutschland am Oskern vorigen Jahres die Zerstörung der Eisenbahnlinien an der gefährlichsten Stelle der Brücke, von einer scharfen Kurve, versucht zu haben, um Truppentransporte zu verhindern. Die Anklage lautete auf Hochverrat, weshalb die Sache vom Schwurgericht in Kiel an das Reichsgericht gegangen ist. Diese Auffassung wurde jedoch wieder ausgegeben, da die Tat erfolglos geblieben und versuchter Hochverrat nicht strafbar ist. Es wurde daher von der Reichsanwaltschaft Anklage erhoben wegen versuchter Verhinderung von Truppentransporten. Sechs Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von 1 Jahr 3 Monaten bis zu 3 Jahren und 3 Monaten, die beiden anderen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr bzw. 1 Jahr und 3 Monaten verurteilt.

Auch dieses Urteil ist von unbegreiflicher Härte, wenn man bedenkt, daß der Sprengungsversuch völlig mißglückt und keinerlei Schaden verursacht worden ist, wenn man ferner bedenkt, daß ein von Jagow wegen vollendeten Hochverrats mit einer leichten Ehrenstrafe davon gekommen ist. Die Tat der Kappisten (unter denen Jagow an erster Stelle stand) forderte in ihren Auswirkungen Hunderte von Todesopfern, die Tat der angeklagten Kommunisten aber fügte keinem Menschen einen Schaden zu. Diese Justiz ist in der Tat eine unauslöschliche Schmach. Man soll auch nicht glauben, daß man abschreckende Exempel statuieren müsse. Wir verurteilen Wahnsinnigen der hier in Frage kommenden Art gewiß. Aber wir wissen auch, daß diese Urteile auf die Arbeiterschaft nur empörend und aufreizend wirken. Bei allem Abscheu vor dem Blödsinn der kommunistischen Politik empfinden die Arbeiter diese Justiz doch als einen Schlag nicht nur gegen die Kommunisten, sondern gegen die Arbeiterklasse. Ist das im Sinne des Reichsjustizministers?

Neue Erhöhung der Kartoffelpreise

140 bis 150 Mark für den Zentner

Wie die P. P. A. von gut unterrichteter Seite hören, ist wieder mit einer merklichen Steigerung der Kartoffelpreise zu rechnen, da in den nächsten Tagen bereits eine Erhöhung der vom Reichsernährungsministerium festgesetzten Höchstpreise für Kartoffeln um 10 Mark pro Zentner erfolgen soll. Das Reichsernährungsministerium soll sich zu diesem Zweck an die Landwirtschaftsministerien wenden, um die Landwirtschaftsministerien zu ersuchen, die Preise für die Landwirtschaft zu erhöhen. Die Folge dieses Schrittes dürfte sein, daß bald keine Kartoffeln mehr unter 140 bis 150 M. für den Zentner zu haben sein werden und daß auch kein Wucherergesetz zugunsten der Konsumenten an dieser Preisbildung etwas ändern kann.

So fühlt das deutsche Volk beständig die harte Hand des Unterernährungsministers Hermes. Er läßt der Ausbeutungsgier der Agrarier ungehemmten Lauf. Die "Vorfstellungen" pommerischer Granden genügen für ihn vollkommen, um ihn von der Notwendigkeit weiterer Preisfestsetzungen zu überzeugen. Als Finanzminister aber zeigt er nicht das mindeste Verständnis für die Notwendigkeit der Gehaltsaufbesserungen für Beamte und Staatsarbeiter. Hier ist er unerbittlich streng und fest, obwohl er durch die von ihm nicht nur gebudelte, sondern sogar geleitete Preistreiber der Agrarier Gehaltserhöhungen selbst notwendig macht. Es ist eine treffliche Fügung des Schicksals, daß dieser Mann zugleich Finanzminister geworden ist, denn das gibt ihm Gelegenheit, sich von allen Seiten in ganzer Schönheit zu zeigen.

Wie sie sich drängeln

Die Steuern und die Rechtsparteien

Die Haltung der Rechtsparteien, insbesondere der Deutschen Volkspartei zum Kabinett Wirth und zu den Steuerproblemen wird in ihrer Hilflosigkeit mit jedem Tage komischer. Erst überschlugen sich die Presseorgane dieser Parteien in Angriffen gegen das Kabinett, dann ward die Deutsche Volkspartei mit heifer Liebe um die sogenannte "große Koalition". Sie wollte mit Gewalt Teilhaber des Kabinetts Wirth werden, weil sie Erfolge witterte. Wieder ein wenig später suchte die Presse der Stresemänner Stimmung für das Steuerkompromiß im Rahmen einer Mehrheit zu machen, an der die Deutsche Volkspartei beteiligt sein sollte. Und nun ist die "Tägliche Rundschau" sehr enttäuscht darüber, daß daraus nichts zu werden scheint. Sie sieht auseinander, daß die Regierung eine ungewöhnliche Taktik verfolgt, indem sie erst mit den Führern der Regierungsparteien und danach mit denen der rechten Opposition verhandelt habe, um die Verständigung mit den Rechtsparteien zu suchen. Das Ergebnis des Ganges beurteilt das Blatt so:

"Man wird also nun bei dem Steuerproblem wohl nicht mehr von dem Plan eines Kompromisses zu reden dürfen, sondern von einem zu positiver Mitarbeit geneigten großen Parteigeschehen, das von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten reicht."

Die Herrschaften wollen also, das geht daraus zunächst hervor, auf alle Fälle dabei sein, mag kommen, was will. Es gehört in der Tat die ganze geistliche Korruption bürgerlicher politischer Schieber dazu, um dieses behändliche Herandrängeln an die Regierung so konsequent durchzuführen.

Sehe gegen Rathenau

Die extrem reaktionäre Presse empört sich heftig über die Tätigkeit Rathenau's in London und Paris. Sowohl "Die Zeit" wie die "Nationalliberale Korrespondenz", beides Organe der Deutschen Volkspartei, haben vielerlei an Rathenau und seinem internationalen politischen Wirken auszuweisen. Von Reugierde geplagt, wollen sie wissen, ob Rathenau in offizieller oder privater Eigenschaft in London und Paris gewesen sei. Auch der "Deutschen Tageszeitung" wird "das Spiel mit Rathenau allmählich zu viel". Sie drückt vor allem eine entrüstete Notiz der "Nationalliberalen Korrespondenz" zustimmend ab, in der es zum Schluß heißt:

"Wir wollen uns vorläufig jedes weiteren Urteils enthalten, erwarten aber, daß die Regierung räthhaltigen Ausschluß gebe über die merkwürdige Rolle, die sie und Dr. Rathenau in der ganzen Angelegenheit gespielt haben. Zum

Der Zahlungsausschub beschlossen

Cannes, 7. Januar. (Reuter.)

Die Konferenz beschloß, Deutschland unter noch festzusetzenden Bedingungen für einen Teil seiner Zahlungen Ausschub zu gewähren.

Cannes, 7. Januar.

In der Reparationsfrage wird getrennt verhandelt. Die alliierten Minister und Sachverständigen beraten in gesonderten Sitzungen, die Sachverständigen klubieren in der Hauptsache die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die belgischen Delegierten, in Uebereinstimmung mit ihren französischen Kollegen, sind tatsächlich der Ansicht, Deutschland könne 1922 eine höhere Summe als 500 Millionen Goldmark, wie in London vorgesehn sei, bezahlen. Sie hätten darauf bezügliche Dokumente vorgelegt und seien der Ansicht, daß das Deutsche Reich in diesem Jahre wenigstens 300 Millionen Mark mehr in Geld bezahlen könne.

Cannes, 7. Januar.

Die Zusammenkunft der mit der Vorprüfung des Reparationsproblems beauftragten Minister hat bis 1.30 Uhr nachmittags gedauert. Die Minister haben von der Beantwortung des Fragebogens, der den Sachverständigen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vorgelegt wurde, Kenntnis genommen. Die Erörterung erstreckte sich auf die Frage, ob es möglich wäre, den Betrag der von Deutschland zu erlangenden Zahlungen in Geld für das Jahr 1922 zu erhöhen, dagegen aber die Sachleistungen zu vermindern. In dem Meinungsaustausch beteiligten sich hauptsächlich Worthington Evans, Loucheur und Theunis.

Cannes, 7. Januar. (Havas.)

Die Konferenz ist seit heute nachmittag auf eine längere Dauer der Vorbereitungen zwischen den alliierten Ministern und Sachverständigen über die Reparationsfrage gesetzt. Sie dürften den größeren Teil der kommenden Woche hindurch andauern.

Cannes, 7. Januar.

Der Sonderberichterstatter des W. T. B. meldet: Der Oberste Rat ist um 7 Uhr abends zusammengesessen und wird die Anhörung des deutschen Vertreters bei der Reparationskommission Dr. Hüder entweder vor der Reparationskommission in Paris oder in Cannes über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, sowie über die innerdeutschen Maßnahmen zur Herstellung des Gleichgewichts beschließen.

Zwei Ergebnisse hat die Konferenz von Cannes bisher gezeigt: die Uebereinstimmung in der Frage der Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz und den Beschluß, Deutschland gewisse Zahlungserleichterungen zu gewähren. Es handelt sich bei beiden noch um vorläufige Ergebnisse, und die Schwierigkeiten werden sich erst ergeben, wenn man an ihre Ausführung geht. Es war kein leuchtender Schimmer, daß er die Wirtschaftskonferenz zuerst behandeln ließ; damit gab er den französischen und den belgischen Vertretern Gelegenheit, wenigstens platonisch ihren guten Willen bei dem Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens zu zeigen. Wie sich dieser Wille praktisch äußern wird, das soll sich erst auf der Wirtschaftskonferenz erweisen. Die schwierigste Frage, die Frage der deutschen Reparation, hat dann allerdings zu schweren Hemmungen in den Verhandlungen geführt; man hat sich, wie schon in London, in allgemeinen Sitzungen und Sonderberatungen der Sachverständigen gespalten. Aber es scheint, daß auch hier die Taktik Lloyd Georges Erfolg gehabt hat, nämlich erst einmal eine allgemeinere Uebereinstimmung zu erzielen und die Beschlüßfassung über die wichtigsten Einzelheiten einer späteren Zeit zu überlassen.

Der Beschluß, Deutschland eine Zahlungserleichterung zu gewähren, besagt an sich noch nichts, solange man noch nicht weiß, innerhalb welcher Grenzen sich diese Zahlungserleichterung

Ruhme und zum Vorteil Deutschlands hat sie sicherlich nicht beigetragen."

Der Grund für die neugierige Fragestellung ist klar. Sie fürchten, daß Rathenau's Tätigkeit doch "zum Vorteil Deutschlands" beitragen könnte und daß der Erfolg dann der Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth und einer Persönlichkeit zugeschrieben werden müßte, die ganz auf dem Boden dieser Politik steht. Dahin aber wollen es weder die Deutschnationalen noch die Stresemänner kommen lassen, die nur den Mißerfolg dieser Politik wünschen. Selbst auf die Gefahr hin, daß ein solcher Mißerfolg zu neuen Zwangsmahnahmen der Entente führen würde. Solche wären ihnen lieber als eine Erleichterung der Lasten aus dem Friedensverträge, weil sich an ihnen neue nationaleistische Feuerchen entfachen lassen würden.

Im übrigen: warum haben die Herrschaften keine Kritik an der noch merkwürdigeren Rolle des Herrn Sinnes in London geübt?

Die Moskauer Tragödie

Von der Auslandsvertretung der Partei der Linken Sozialrevolutionäre geht uns über den Umfang und den Verlauf des Hungerstreiks der sozialistischen Gefangenen in Moskau folgende Mitteilung zu:

Gleichzeitig mit dem Aufruf der Exekutiv der 3. Internationale bekommen wir Nachrichten aus Moskau, daß alle im Butyrki-Gefängnis internierten Sozialisten und Anarchisten in den Hungerstreik getreten sind. Der Hungerstreik ist ein Todesurteil für die Mehrheit der Gefangenen. Sie sind fast alle krank. Einige, so das Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Linken Sozialrevolutionäre, Ilya Kalotoff, sind fast seit drei Jahren (von April 1910) eingekerkert.

Die eingekerkerten Sozialisten und Anarchisten sind überzeugt, daß die Arbeiter in Butyrki aller Länder mit dem Protest gegen den Moskauer Terror die Einheitsfront der Proletarier prüfen werden.

Insgesamt kommen 240 Gefangene in Frage.

Demnach ist die Zahl der an dem Hungerstreik beteiligten Gefangenen weit größer als wir nach unseren gestrigen Mitteilungen angenommen hatten. Nicht weniger als 240 Genossen sind es, die zu dem letzten verzweifelten Mittel des Hungerstreiks greifen mußten, um das Gewissen der kommunistischen Machthaber wachzurütteln. Wir wissen indes, daß der Appell an das Gewissen der Sowjet-Gewaltigen vergeblich sein wird, wenn nicht die Arbeiterorganisationen der ganzen Welt endlich ihr Nachwort

bringen werden. Von einem Erlaß der Zahlungen überhaupt ist vorläufig überhaupt nicht die Rede, wahrscheinlich will man den Franzosen und Belgiern erst Zeit lassen, sich der englischen Auffassung über die Leistungsfähigkeit Deutschlands anzupassen. Ueber die Frage, wie das russische Problem in den Wiederaufbauplan Lloyd Georges eingegliedert werden soll, wird man erst reden können, wenn sich die Sowjet-Regierung selbst dazu geäußert hat. Schon jetzt aber läßt sich erkennen, daß die Zusammenarbeit Russlands mit den Industriestaaten der Welt nicht nur wirtschaftliche, sondern auch weitreichende politische Folgen haben muß.

Zwei Punkte, die Deutschland interessieren

London, 7. Januar. (W. T. B.)

In den Mitteilungen über die Begründung des Beschlusses, eine internationale Wirtschaftskonferenz einzuberufen, die in der ersten Hälfte des März in Genua stattfinden soll, findet man zwei Punkte, die Deutschland interessieren. Danach hat Lloyd George in seiner gestern vormittag gehaltenen Rede ausdrücklich erklärt, man dürfe Deutschland nicht dadurch zur Verzweiflung bringen, daß man zu hohe Anforderungen an es stelle; sonst werde man Deutschland dem Bolschewismus in die Arme treiben. Ferner habe Lloyd George erklärt, Deutschland könne Reparationen erst dann in nennenswerter Höhe leisten, wenn es imstande sei, seinen Handel mit Ausland wiederherzustellen. Lloyd George habe versucht, den Satz durchzubringen: Auch Hindernisse politischer Art, die Schäden zufügen könnten, müßten durch die Verkehrsbeziehungen der Völker untereinander beseitigt werden. Auf Antrag des Ministerpräsidenten Briand seien die Worte "politischer Natur" aus dem Titel gestrichen worden.

Die Vorbereitungen für die Wirtschaftskonferenz

Cannes, 7. Januar.

Die verbündeten Minister, die die Grundlage für ein Konjunktium geschaffen haben, das bestimmt sein soll, an der wirtschaftlichen Wiedererhebung Europas zu arbeiten, werden eine Zusammenkunft haben, um das Programm für die europäische Wirtschaftskonferenz festzustellen.

Die Stimmung in Cannes

W. T. B. gibt aus Cannes vom 7. Januar folgendes Stimmungsbild:

Ein lachend blauer Himmel wölbt sich über der Stadt, die außerordentlich belebt ist. Die Stadt ist reich mit Fahnen geschmückt in den Farben aller Länder, die Automobile der Delegierten durchlaufen die Straßen, und das Hauptinteresse konzentriert sich auf den Kautischen Klub, in zweiter Linie aber auf das Carlton-Hotel, das wenige Schritte davon liegt und das sämtliche Delegationen, wenigstens ihre führenden Männer, beherbergt. In der großen Halle des weißmarmornen Hotels werden die tollsten Gerüchte verbreitet; hier findet man Hunderte von Journalisten an der Arbeit, hier suchen sie ihr Material zusammen und lassen niemanden ungehört, der auch nur irgendwie mit einer alliierten Delegation etwas zu tun hat. Gendarmen haben den Sitzungssaal der Konferenz abgesperrt; sie lassen niemanden passieren, der nicht die rote von Briand's Kabinettschef Carteret geeignete Presselatte besitzt. Während der Beratungen des Obersten Rates belagern Neugierige das Haus des genannten Klubs. Hoffnungslos ist man offenbar in den alliierten Kreisen in Cannes nicht. Eine gewisse Skepsis scheint vorzuherrschen, wenn man an die Unzahl von Sitzungen des Obersten Rates denkt, die in den verschiedenen westeuropäischen Städten in den letzten zwei Jahren stattgefunden haben. Die Rede von Lloyd George befriedigte gestern die Erörterungen in allen Kreisen, namentlich die scharfe Betonung der Solidarität von ganz Europa wurde als bedeutsam bezeichnet, und man erkannte sofort, daß seine Forderung nach Anerkennung der Sowjetregierung wie eine Fanfare wirken müsse.

sprechen, um den Gefängnisgrenzen und dem Terror in Russland ein Ende zu setzen.

Die kommunistischen Gemütskranke in der Redaktion der "Roten Fahne" haben auch bei dieser Gelegenheit nicht veräußert, ihre Dummheit und Rohheit ins rechte Licht zu rücken. Sie schreiben zu unserer Mitteilung, daß es sich bei der geplanten Verhaftung der politischen Gefangenen nach Turkestan "nur darum handeln könne, die Gefangenen aus Moskau, wo sie unter schlechten Ernährungsverhältnissen zu leiden haben, in ein Gebiet mit besseren Verpflegungsverhältnissen zu überführen".

Wir wundern uns nicht, daß die Berliner "Turkestan" die Verhältnisse in den Kertern Turkestans preisen, zumal dort einer ihrer besten Freunde, der Bluthund Peters, die Knete sämmt. Wunderlich erscheint nur das eine: weshalb in Anbetracht der von der "Roten Fahne" jetzt festgestellten "schlechten Ernährungsverhältnisse" in Moskau laut Beschluß der kommunistischen Zentrale Ernst Friesland zur Entgegennahme einer "kalten Dusche" nach Moskau geschickt wird.

Nun scheint allerdings, wenn man der "Roten Fahne" glauben soll, in Moskau eine solche Not zu herrschen, daß man aus Begehrnis um das Leben der gefangenen Sozialisten diese in erster Linie aus Moskau fortzuschaffen. Vielleicht verrät uns aber die "Rote Fahne", welche Forderungen der Humanität es zuzuschreiben ist, daß die aus Moskau evakuierten Gefangenen sechs bis acht Wochen durch die verschauhten Etappengefängnisse Osturlands geschleppt und dann in den Kertern Turkestans interniert werden, wo nach amtlichen Angaben der Typhus und die Pest tödlich ungeheure Opfer fordern und wo die Gefangenen fern von ihren Angehörigen dem Hungerdasein ausgeliefert sind.

Wir werden vergebens eine ausweichende Antwort auf diese Frage von der "Roten Fahne" erwarten. Ebensovienig erwarten wir eine Antwort auf die Frage, wer von den gefangenen Menschheit eine "verzerrte Stellung" gegen die Sowjetregierung eingenommen hat, und welchem Umstand es zuzuschreiben ist, daß die zahlreichen gefangenen Sozialisten, wenn sie tatsächlich Betrat geübt haben, nicht vor Gericht gestellt, sondern an administrative Verfügung in die Gefängnisse geliefert worden sind.

Wir unsererseits möchten nur erklären, daß diese kommunistische Ausrede, wie alle anderen, eine infame Lüge ist. Der einzige Mensch, der trotz des Verfalls des sozialdemokratischen Zentralkomitees an der weißgardistischen Regierung Russlands teilnahm, war W. Maiski. Dieser aber gehört jetzt, nach seinem Uebertritt zur kommunistischen Partei, als wohlbestallter Vorsteher des Volkswirtschaftsrats der Sowjetregierung in Sibirien an!

Zähne 5 u. 8 Mk. mit Friedenskautschuk

3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Besteilung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuriosale

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Die Hörserschaft der Volkshochschule Groß-Berlins

Ein Rückblick und Ausblick

Unmittelbar nach dem Novembersturz von 1918 gab es auf deutschem Boden massenhaft Versuche, die darauf abzielten, den Volkshochschulgedanken in die Tat umzusetzen. Auch in Berlin tauchte eine ganze Reihe von Gründungen auf. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung zählte die Hauptstadt der jungen Republik nicht weniger als dreißig Volkshochschulen, ein Zustand, der natürlich nicht von Dauer sein konnte. Es legte denn auch bald eine rückläufige Bewegung ein. Einige dieser Gründungen verschwanden ebenso plötzlich, wie sie ins Leben getreten waren, andere kämpften einen mehr oder minder langen Lebenskampf. Nur wenige von ihnen schlossen sich bald der Volkshochschule Groß-Berlin an, die als letzte auf den Plan getreten war, obwohl der Gedanke ihrer Gründung wohl am weitesten zurückreicht.

Die Hoffnungen, die man von vornherein an diese Neuordnung des Groß-Berliner Volkshochschulwesens knüpfen durfte, weil sie nach der ganzen Art ihres Zustandekommens berufen erschien, der allgemeinen Planlosigkeit und dem üppigen wuchernden Dilettantismus ein Ende zu machen, zeigten nun sichtlich ihrer Erfüllung entgegen. Im vergangenen Lehrjahr konnten nicht weniger als 427 Kurse abgehalten werden, an denen insgesamt 13 174 Hörer teilnahmen. Während an anderen Volkshochschulen aber der Besuch vom Herbst bis zum nächsten Sommer ganz erheblich zu sinken pflegt — der Besuch in den drei üblichen Arbeitsperioden (Herbst, Winter, Frühjahr) verhält sich gewöhnlich wie 3 : 2 : 1 —, stellt sich das Verhältnis an der Volkshochschule Groß-Berlin unergreiflich günstiger. Aus dem Vergleich der durchschnittlichen Besuchszahlen für die einzelnen Kurse ergibt sich als schlechtestes Verhältnis 8 : 6 : 5 und als bestes 10 : 13 : 9. Das bedeutet: Während an anderen Volkshochschulen der Besuch im Frühjahr auf $\frac{1}{2}$ sinkt, mindert er sich an der Volkshochschule Groß-Berlin selbst im schlimmsten Einzelfall nur auf $\frac{2}{3}$, ja, er steigt zum Teil sogar oder bleibt das ganze Jahr hindurch auf ziemlich gleicher Höhe.

Die Altersgruppierung der Hörer lehrt, daß der Bildungsdrang am stärksten in den Jahren zwischen dreißig und vierzig ist. Während 12 Prozent der Hörserschaft im Alter unter 20 Jahren steht, ist das Alter zwischen 30 und 40 mit 27 Prozent die überhaupt stärkste Gruppe; 21 Prozent der Hörer sind 20 bis 25 Jahre alt, 23 Prozent 25 bis 30. Nach Erreichung der Vierzig sinkt die Kurve scharf. Dem Anstieg auf der einen Seite entspricht der Abstieg auf der anderen. Der Anteil der über 40 Jahre alten Hörer beträgt 17 Prozent, 12 — 21 — 23 — 27 — 17 . . . Das ganze Auf und Ab des menschlichen Lebens mit seinem Wachsen und Schwinden der Spannkraft der geistigen Kräfte spiegelt sich in den unscheinbaren Ziffern.

Interessant ist auch das Zahlenverhältnis der Geschlechter. Rund zwei Dritteln Männern stehen halb so viel Frauen und Mädchen gegenüber, doch macht sich in letzter Zeit ein leichtes Anwachsen der Zahl der weiblichen Hörer bemerkbar, während die männliche Hörserschaft etwas zurückgeht. Dies mag damit zusammenhängen, daß unter dem Druck der wirtschaftlichen Not die Männer nicht im gleichen Maße wie bisher die Kraft aufbringen, ihre freien Abende der geistigen Durchbildung zu widmen. Das schwächere Geschlecht ist härter!

Die Verteilung der Hörserschaft auf die einzelnen Berufsgruppen zeigt eine erfreuliche Zunahme der Beteiligung der Handarbeiterschaft. Mit 86 Prozent ist die Arbeiterklasse die weitaus stärkste Berufsgruppe im Rahmen der Volkshochschule Groß-Berlin. Hier von entfallen 42 Prozent auf die Handarbeiterschaft, 43 Prozent auf die Angestelltenschaft. Die beiden Gruppen halten sich also die Waage. In den westlichen und südwestlichen Bezirken befindet sich die Arbeitererschaft allerdings in der Minorität, was jedoch dadurch ausgeglichen wird, daß sie in den zentralen, nördlichen, südlichen und östlichen Bezirken stark in der Mehrheit ist. Ein deutliches Weigen der Zahl der Arbeiterhörer macht sich neuer-

dings aber auch im Westen und Südwesten bemerkbar. Die Zahl der Angestellten weist dafür eine sinkende Tendenz auf, die jedoch weit weniger ausgeprägt ist als die Zunahme der Arbeiterzahl.

Entsprechend hoch ist auch die Zahl der aus der Volkshochschule (Gemeindeschule) hervorgehenden Hörer. Sie beträgt im Durchschnitt volle 75 Prozent (in den proletarischen Vierteln mehr, im Westen weniger). Und dies ist vielleicht das Wichtigste. Denn die Schulbildung der Mehrzahl der Hörserschaft ist ja das Merkmal dafür, ob die Volkshochschule in erster Linie wirklich den Bevölkerungskreisen dient, für die sie vor allem geschaffen ist: jenen, welchen andere Quellen geistiger Durchbildung nicht offen stehen. Das trifft für den Angehörigen mit bloßer Volkshochschulbildung genau so zu wie für den Arbeiter.

Alles in allem ergibt sich das Bild einer außerordentlich günstigen Entwicklung, die der Volkshochschule Groß-Berlin besichert war. Wir wollen und dürfen hoffen, daß auch die künftige Entwicklung gleich befriedigend sein wird.

Morgen, Montag, beginnt die neue Arbeitsperiode mit folgenden Kursen und Arbeitsgemeinschaften: Geiger, Entwicklung des Rechtslebens, 7 1/2 Uhr, Georgenstraße 34-36. — Tilly, Religionsphilosophie II, 6 Uhr; Deegener, Allgemeine Lebenskunde, 7 Uhr; Tilly, Griechische Philosophie II, 7 1/2 Uhr, Invalidenstr. 42. — Joff, Die Klavierkavale II, 7 1/2 Uhr; Müller, Der teufel Goethe, 8 Uhr, Gleimstraße 49. — Behne, Moderne Kunst, 7 Uhr, Kastanienstraße 44. — Behrend, Sozialphilosophie II, 7 1/2 Uhr, Rittenwälder Straße 34-37. — Soiger, Geschichte des Lebens auf der Erde, 7 Uhr, Neukölln, Södelstraße 34-36. — Werner, Physiologische Chemie, 7 1/2 Uhr, Neukölln, Kaiser-Werner, Physiologische Chemie, 7 1/2 Uhr, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 208-210. — Zurichart, Hansgang, 7 Uhr; Kügel, Hegels Geschichtsphilosophie, 7 1/2 Uhr, Oberkönigsweide, Juppelstr. 11. — Botoni, Die deutschen Landschaften, 7 Uhr; Spielermann, Mathematik III, 7 1/2 Uhr, Lichtberg, Parkstr. 12. — Rögler, Biologie, 8 Uhr, Lichtberg, Marktstraße 2-3. — Coim, Ziele der Arbeiterbewegung, 8 Uhr, Schöneberg, Belgier Straße 48-52. — Ebel, Harmonielehre, 7 1/2 Uhr, Schöneberg, Roederstraße (Küderschule). — Steindl, Mechanik II, 7 1/2 Uhr, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 22-24. — Schmidt, Goethes Kurik, 8 Uhr, Friedenau, Gymnasium Ranbachplatz. — Springer, Klaviermusik II, 8 Uhr; Schmidt, Sozialismus, 8 Uhr; Jolobthal, Mathematik II, 8 Uhr; Steglin, Gymnasium Heese, Ede Sildensstraße. — Kofe, Das organische Leben der Erde, 7 Uhr, Wilmsdorf, Oberrealsschule Hindenburgstraße. — Feinik, Mathematik V, 7 1/2 Uhr, Uhlendorferstraße 91-92. — Günther, Organische Chemie, 8 1/2 Uhr; Sternberg, Geschichtsphilosophie, 8 1/2 Uhr; Südbach, Wirtschaftsgeographie von Südamerika, 8 1/2 Uhr; Sternberg, Schleiermacher, 8 1/2 Uhr, Charlottenburg, Schillerstraße 28. — Müller-Freienfels, Philosophie II, 8 Uhr, Tegeler, Trepoststr. 26-31. — Dietrich, Philosophie, 7 Uhr, Reinickendorf-Ost, Gymnasium Berner Straße. — Sadow, Einführung in die Kunst, 7 Uhr, Tempelhof, Germaniastraße 5-6.

Spurlos verschwunden ist seit gestern unser Redaktionskollege Rabold, wir können jedoch mitteilen, daß die sofort angestellten Nachforschungen ein keineswegs beunruhigendes Ergebnis gezeigt haben. Rabold wurde zuletzt in der Nähe des Rtimnalgaischen Wobbit gesehen, eskortiert von drei Personen, die ihm gut zugureden schienen. Vertrauensvoll, wie er ist, schloß Rabold keinen Verdacht, und so gelang es den drei, ihn nach dem in der Nähe gelegenen Standesamt zu verschleppen. Hier wurde er in der üblichen Weise seiner Junggesellenfreiheit beraubt und zum Ehekrüppel degradiert. Aus Scham und Gram herüber suchte er unmittelbar nach Beendigung der schmerzlichen Zeremonie fluchtartig das Weite, nicht ohne allerdings die bessere Hälfte mitzunehmen, mit der er nun behaftet ist. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Gleichwohl hoffen wir, ihn recht bald wieder in unserer Mitte zu sehen, schon um seinen Dank dafür entgegenzunehmen, daß wir seinen Wunsch, die Angelegenheit mit Still-schweigen zu übergehen, — — beinahe erfüllt haben.

Ein Sozialistenbund gegen den Alkoholismus ist in Berlin ins Leben getreten. Er wendet sich an alle Männer und Frauen, welche auf dem Boden einer sozialistischen Lebensauffassung stehen. In den Leitlinien heißt es: Der Alkoholismus als soziale Erscheinung ist das Erzeugnis der kapitalistischen Wirtschaftssysteme und der mit ihr zusammenhängenden geistig-sittlichen Lebensauffassung. Daher ist der gesamte Kapitalismus, nicht allein das Alkoholkapital, zu bekämpfen; erst eine sozialistische Gesellschaft wird seinen Nährboden mehr für die Sumpfpflanze Alkoholismus abgeben können. In Anbetracht jedoch der Wechselwirkungen zwischen den genannten wirtschaftlichen Zuständen und materiellen Vorgängen einerseits, den geistig-sittlichen Kräften andererseits, muß schon in der Gegenwart der Kampf gegen die Wirkungen des Alkoholismus geführt werden, damit frei von der alkoholischen Kartoffelwirkung die Wehrkräfte für die Aufnahme der sozialistischen Ideale empfänglich werden können. Die Jugend muß bis zum reifen Lebensalter völlig frei vom Genuß alkoholischer Getränke erzogen werden. Der Genuß von Schnaps und Likör ist auch von den Erwachsenen grundsätzlich zu meiden; nach gestaner Arbeit, aber nicht am Tage, keineswegs regelmäßig, kann der Erwachsene, sofern er nicht abstinieren leben will oder muß, ein bis zwei Glas Bier oder Wein genießen. Bei allen Wahlen zu den verschiedenen Volksvertretungen sollen die Kandidaten beauftragt werden, im Sinne dieses Programms zu wirken. Beirratserklärungen nimmt Sanitätsrat Dr. Otto Juliusburger, Friedenau, Sieglindstr. 6, entgegen.

Vorläufig keine Ablieferung der Steuermarken. Die kürzlich bekanntgegebene Verordnung des Reichsministers vom 21. Dezember 1921, durch die die Ablieferung der für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 verwendeten Steuermarken auf die Steuerbehörden gefordert wird, enthält lediglich die grundsätzliche Regelung für das Reichsgebiet. In Berlin wird der Termin für die Markenabgabe mit Rücksicht auf den Stand des Veranlagungs- und Erhebungsgeschäftes für 1920 voraussichtlich auf den Monat März 1922 hinausgeschoben werden.

Kohlenartenfreigabe. Das Kohlenamt teilt mit: Vom 9. Januar 1922 werden folgende weitere Abchnitte der Kohlenkarte zur Belieferung freigegeben: Abchnitte 11 und 13 der 5-Zentner-Kohlenkarte, Abchnitte 10 und 11 der 10-70-Zentner-Kohlenkarte. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß zum 1. Februar die Abchnitte 5 und 6 der 10-70-Zentner-Kohlenkarte verfallen.

Brotkartenklühwort. In der Woche vom 9.—15. Januar 1922 darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Klühwort das Stichwort „Reinewebers billige Kleidung“ tragen.

Größe und Gewicht der Postkarten. Postkarten im Inlandsverkehr dürfen die Größe von 15,7 : 10,7 Zentimeter nicht überschreiten und nicht mehr als 8 Gramm wiegen. Größere oder schwerere Postkarten unterliegen der Briefgebühr und werden mit einer Nachgebühr belegt, die 1,50 M. beträgt. Postkarten im Auslandsverkehr dürfen nur 14 : 9 Zentimeter groß sein.

Einkommensteuer für Hausangestellte

Die völlige Unklarheit und die oftmalige Veränderung des Gesetzes, welche zu Anfang des Inkrafttretens des Steuerabzugsgelehes bei allen Behörden herrschten, bewirkten, daß keine Behörde richtig Auskunft geben konnte, wie die Sachbezüge beim Steuerabzug zu berechnen seien. Vom Ministerische wurde seinerzeit die Erklärung abgegeben, daß für die Hausangestellten 10 Prozent vom Brutto als Steuerbetrag angenommen werden solle, im übrigen die Sachbezüge als steuerfreies Einkommen zu bewerten seien. Damals stattgefundene Verhandlungen, welche zwischen den beteiligten Körperschaften geführt wurden, leiteten als Wertmessung die Sachbezüge auf monatlich 150 Mark fest.

Bei den jetzt zugegangenen Steuerentscheiden für das Jahr 1920 ist nun die Wahrnehmung gemacht, daß einzelne Finanzämter sich nicht an den Satz von 150 Mark gehalten haben, sondern für das Steuerjahr 1920 die Sachbezüge mit 250 Mark pro Monat bewerteten. Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, hat bei den maßgebenden Instanzen geeignete Schritte unternommen, um die Unschicklichkeit in den Steuerentscheiden zu beseitigen. Einstweilen raten wir lässlichen Hausangestellten, welche glauben, zuviel Steuern in bar nachzahlen zu müssen, bei dem zuständigen Finanzamt Einspruch gegen den Steuerentscheid zu erheben und um Stundung der Reststeuer nachzusuchen.

Inventur-Ausverkauf

SOWEIT
ERLAUBT

Kleiderstoffe

Reinwollene Blusenstoffe grau u. farbigen Streifen Breite 85 cm. 39. —

Reinwollene Rockstoffe römisch gestreift, Breite 95 cm. 65. —

Reinwoll. Kammgarnfoulé für Kleider, in vielen Farben, 105 cm. 105. —

Reinwoll. Gabardin f. Kleider in hellen u. Mittelfarben Breite 105 cm. 138. —

Damenkleidung

Blusen aus gestreift. od. karierten Stoffen 39. — 55. —

Rock a. vorzügl. Stoff Vorderteil in Falten .. 158. —

Stickerei-Kleid vorzüglicher weißer Voll-Voile 490. —

Seid. Tanzkleider 675. —

Kinderkleidung

Mäntel für junge Damen aus dunklen praktischen Stoffen, Gr. 38, 40, 42 225. — 460. —

Knaben-Winter-Joppen Größe 7-12. 152. —

Größe 38-43 185. —

Israel

KÖNIGSTRASSE
SPANDAUERSTR.
GEGR. 1815

Seide u. Samt

Blusen-seide in schmalen und breiten Streifen Mtr. 39.50

Kleider-seide in vielen Farben, 85 cm. 98. —

Seidenkaschmir schwarz od. farbig, 100cm 187. —

Köper-Velvet schwarz und farbig, Mtr. 76. —

Spitzen- und Tüll-Reste weit unter Preis

Garnierte Damen-Hüte

Serie I	II	III
54. —	79. —	145. —

Ledertwaren

Geldscheintasche. 9.75

Besuchstasche schwarz 48. —

Damentasche, oxydiertes Bögel, große Form 87. —

Manikurkasten mit Samtunterlage, 6 teilig. . . 43. —

Damenwäsche

Taghemd mit Hohlsaum und Langette 33. —

Taghemd mit Stickerei-Ansatz 39. —

Beinkleid mit Ansatz. . . 46.50

Untertaille m. Ansatz. 26.50

Weiß. Stick.-Rock 63. —

Prinzeßrock m. Stick. 120. —

Herrenwäsche

Zephir-Hemd mit Schillerkragen. 69. —

Vorhemd aus gestreitem oder gemustertem Perkal 6.50

Vorhemd aus farbig gemustertem Fliese. 7.50

Selbstbinder offene Form moderne Streifen 10.50

Gummihosenträger mit Lederpatten. 13.50

Herrenstoffe

Anzugstoffe solide Qual. Mtr. 140. —

Anzugstoffe schwere Qual. Mtr. 190. —

Gabardin imprägn. für Regenmäntel 220. —

Ein Posten: Herrenstoff-Reste weit unter Preis

Hauswäsche

Wisch Tuch weiß m. roten Karos, Größe 58x58 cm. 8.75

Kaffeedecke buntfarbig waschecht, 130x130 cm 57.50

Tischtuch Jacquardgewebe 130x 98. — 130x 83.50

Servietten Jacquardgewebe, Größe 60x60cm 19.75

Wirkwaren

Herren-Soeken grau-meliert, Reinwolle, gestrickt 17.75

Damen-Untertaille Halbwohle, gestrickt, mit langen Ärmeln, weiß 39. —

Damen-Bluse farbig Reinwolle, feingestrickt 175. —

Damen-Strickjacke Reinwolle, feingestrickt, vorzüglich Qualität. 375. —

Gardinen

Erbstüll-Halbvorhang mit Bändchenarbeit. 95. —

Tüll-Halbvorhang gewebt. 138. —

Erbstüll-Garnitur 105. —

Etamin-Garnitur buntfarbig. 160. —

Bedeutende Preisermäßigungen!

Sparfamkeit

Von Paul Pasan

Im Schalterraum des Postamts am Potsdamer Platz sind zwei Kioske. Rechts in der Ecke einer und links in der Ecke einer. In jedem dieser kleinen Kioske, in denen einem der Atem knapp und kurz werden muß, sitzt eine Dame und verkauft Briefmarken und Postkarten. Die einen aus dem Publikum sagen, die Damen sind nicht klug und fleißig, die anderen klagen, sie sind nicht freundlich. Es gibt eben immer Leute, die am liebsten Nächsten zu nörgeln haben. Man sollte mal diese Kritiker in die Käfige sperren, ich wette, nach einer halben Stunde schon springen sie auf und davon.

Neulich war ich dort und wollte Marken kaufen. Es war um die Mittagsstunde, der Schalterraum stand voller Menschen, und immer mehr strömten herein. Die Boten von den Banken kamen und die Hausdiener der Hotels und die Abgesandten von den großen Geschäften, und alle wollten bei den Damen in den Kiosken Einkäufe machen. Aber die beiden Kioske waren geschlossen, und an jedem der Häuschen hing ein Schild, und auf dem stand: „Markenverkauf nur am Schalter 3.“

Das Publikum war sehr erregt darüber und parlamentierte auf das lauteste und lebhafteste. Aus dem Hin und Her der geäußerten Ansichten konnte man un schwer die politische Gesinnung der einzelnen erraten.

Ein sehr feiner Herr mit wundervollen Bugefalten in den Hosen, mit blühendem Zylinder und allen Zeichen der Eleganz sagte nur so: „Natürlich, wir haben ja eine Republik! Früher war's ja 'ne Schweinerei unmöglich gewesen!“

Das war ein Konservativer, der immer noch nicht vergessen kann.

Ein anderer, mit allerdings durchaus negativer Eleganz, meinte: „Nicht so kümmerlich, junger Mann, früher hat noch viele mehr gekostet!“

Das war natürlich einer von den gräßlichen Noten, mit denen nicht zu reden und denen nicht zu raten ist.

Ein Dritter, der sah so sanft aus und wie die verkörperte Verzeihung und sagte: „Eben, weil wir jetzt 'ne Republik haben, werden die Beamten geschont und brauchen nicht mehr so zu schlafen wie früher. Die Damen aus den Kiosken wollen auch zu Mittag essen.“

„Quatsch!“ dachte ich. Die Leute haben ja keine Ahnung. Die Sache liegt so: Dem Herrn Postminister wird immer gepredigt: Sei sparsam! Und nun spart er eben Beamte und läßt die Kioske schließen. Er kann doch, weiß Gott, nicht verantwortlich dafür gemacht werden, daß gerade um die Mittagsstunde ein so zahlreiches Publikum nach Marken ansieht. Vielleicht aber will der Herr Postminister auch das Publikum zur Sparfamkeit erziehen. Denn ich habe bemerkt, daß viele, denen das lange Warten lästig war, fortgingen, ihr Geld im Beutel bestellten und nicht die teuren Marken kauften. Immerhin konnte ich mir nicht vorstellen, daß durch diese Sparfamkeit die Postkasse geschädigt wird. Jedenfalls aber kann man daraus schließen, wie schwierig das alles ist und wie schädlich, ja schändlich, Kritik daran zu üben.

Einem Laien werden diese schwierigen Zusammenhänge allerdings niemals einleuchten.

Der Speckdeckel

In der französischen Zeitschrift „Illustration“ kann man Abbildungen sehen, die das Leben eines alten Bretonen zeigen. Man sieht eine kleine hübsche Bestuhlung, eine anheimelnd-gemütliche Stube, und man schmeckt etwas von dem erdigen, kräftigen Bauernum, aus dessen gerühmter Unverwundlichkeit Frankreich die Säfte seines Lebens saugt.

Mitten auf dem Hof, vor dem Wohnhaus und den Ställen, steht mit breitbeinigem Stolz der Greis, dem das alles gehört, und lächelt zufrieden auf den kleinen Enkel hinab, der sich an seinen Arm gehängt hat. Dieser kleine wohlgenährte Bursch trägt eine deutsche Soldatenmütze, eine richtige deutsche Soldatenmütze mit zwei Kolarden, einen „Speckdeckel“, wie wir „damals“ hießen.

Ich denke mir, daß ein älterer Bruder oder sonst wer die Mütze mitgebracht hat, als eine jener bescheidenen Erinnerungstrophäen, die die Soldaten liebten. Vielleicht hat er sie einem toten deutschen Soldaten abgenommen, der schon halbverwest im Stachelkraut hing, vielleicht fand er sie in einem Schützengraben, wo sie zwischen Patronenhüllen und anderem kriegerischen Krimskrams lag. Er wird sie mitgenommen haben, und die Familie wird sie an die Wand gehängt haben, zwischen Familienbildern und dem Kreuzifix, und die alten Bauern, die nicht mehr mitzumachen brauchten, haben das Ding angesehen und dabei mit einem Nicken an die Wache gedacht.

Und dann hat eines Tages der jüngste Sproß der Familie eine neue Kopfbedeckung nötig gehabt, und weil die Zeiten teuer sind, und die Bauern allenthalben gerne sparen, hat er den Speckdeckel bekommen. Er war zunächst sehr stolz darauf und erzählte den anderen Jungen Lügensgeschichten darüber, bis er und die Kameraden sich an die seltsame Mütze gewöhnt hatten.

Aber die Bauern sind eigen mit ihren Sachen, gehen sorgsam damit um, kommen zu ihnen in ein persönliches Verhältnis, in dem man einander mit Liebe und Schonung behandelt. Und wenn der kleine Breton seine Mütze jeden Abend ausbügelt und sauber aufhängt, wird er dabei vielleicht auch mit anderen Gefühlen an den Menschen denken, der sie vor ihm besch. Das Gefühl, daß der vielleicht dieselbe Sorgfalt demselben Gegenstand zugewandt hat, wird ihn mit dem Unbekannten auf eine menschliche Weise verbinden, die es nicht mehr zuläßt, den Boche als verabscheuungswürdigen Feind anzusehen. Von da ist der Weg nicht mehr weit zu dem Zweifel an den böartigen Verleumdungen, durch die die Seelen der Völker vergiftet worden sind, und zu der Achtung vor den anderen, die in der jungen Generation wachsen muß, wenn der Friede eine endgültige Wirklichkeit sein soll.

Kann man von einem Speckdeckel mehr erwarten, als daß er solch hohe Sendung erfüllt? H. E. K.

Der Klapperschorn als Störenfried

Eine aufregende Nacht erlebte ein Landwirt Hoffmann aus Pommern, der auf dem Stettiner Bahnhof hier angekommen war. Untermwegs hatte er sich mit einer „Dam.“ befreundet, die am nächsten Tage weiter reisen wollte und ihren Koffer auf der Gepäckstelle abgab. Der Landwirt fühlte sich sehr schmeichelt, als seine freundliche Reisegestalt ihm den Vorschlag machte, gemeinsames Nachtquartier in einem der umliegenden Hotels aufzusuchen. So geschah es. Das Pärchen wurde als Ehepaar in die Fremdenliste eingetragen und machte es sich bald in dem gemeinsam bezogenen Zimmer bequem. Das fröhliche Geplauder wurde aber bald in höchst unangenehmer Weise gestört: Die „Chefrau“ geriet plötzlich in einen Zustand, der keinen Zweifel darüber ließ, daß es allerhöchste Zeit war, sie einer Entbindungsanstalt zuzuführen. Der „Ehemann“ war in Verzweiflung; er stürzte zum Hotelwirt hinunter, dieser requirierte schleunigst ein Gefährt, und die wimmernde Frau wurde im Eiltempo nach der Klinik gebracht. Was aus ihr geworden ist, ist nicht bekannt, denn sie ist inzwischen nach Polen gereist und dort nicht zu ermitteln. Für Hoffmann, dessen Persönlichkeit erst nach einiger Zeit festzustellen war, hatte das Abenteuer noch ein gerichtlich Nachspiel. Er handelte gestern unter der Anklage der Unterschlagung vor dem Schöffengericht, denn er hatte es für angebracht gehalten, sich als Entschädigung für die nächtliche Aufregung als „Ehemann“ den Koffer seiner Begleiterin vom Stettiner Bahnhof abzuholen. Er behauptete zwar, daß ihn die Frau dazu ermächtigt habe; das Schöffengericht glaubte ihm dies aber nicht und verurteilte ihn zu 14 Tagen Gefängnis.

Was alles am Spieltisch zusammensitzt

Eine sehr bunt zusammengewürfelte Spielergesellschaft hatte sich in einem heimlichen Spielklub in der Bismardstraße 8 zu Charlottenburg zusammengeschlossen, dessen Aufhebung gestern ein Nachspiel vor der Sitzkammer des Landgerichts III hatte. Angeklagt waren jetzt nur noch der Studateur Paul Schlawa, der Fideikommissbesitzer Freiherr Max von Kölller, dessen Ehefrau, Freiin Wiese und der Schlichter Bernhard Komarowski. Am 12. März v. J. drang der Kriminalkommissar Köppen mit dem Kriminalwachtmeister Raenker unvermutet in die Wohnung einer Frau Florentine Kechbrand in der Bismardstraße, da ihm mitgeteilt worden war, daß sich dort ein heimlicher Rouletklub etabliert habe. Sehr interessant war die Spielergesellschaft. Neben dem Schlichter lag der Freiherr und Fideikommissbesitzer, neben dem praktischen Arzt Hans Bahl lag ein Dentist Rudolf Tonat, der jetzt wegen Strafenraubes festbriefflich verhaftet wird; neben der Sängerin Gustl Niemann lag ein Studateur und neben einem Schuhmacher lag die unter dem Namen „Lustl Uhl“ früher sehr bekannte jetzige Freiin von Hüchler-Treuberg. — Das Schöffengericht Charlottenburg hatte die Angeklagten Schlawa und Komarowski zu je eins Woche Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe verurteilt, die Eheleute von Kölller und Bahl zu je 300 Mark und die Frau Kechbrand zu 500 Mark Geldstrafe, und die übrigen dagegen freigesprochen. Bezüglich der Angeklagten von Kölller, Schlawa und Komarowski legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Vor Gericht bat Rechtsanwalt Artur Schulz, es bei den erkannten Strafen zu belassen, da diese schon hoch genug seien. Das Gericht verzurte diesem Antrage folgend die Berufung der Staatsanwaltschaft.

Der neue Stadtbahntarif

Mit der Erhöhung der übrigen Eisenbahntarife wird, wie bereits angekündigt, im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr zum 1. Februar ebenfalls eine Erhöhung in Kraft treten, nach der die Fahrpreise im allgemeinen um 75 v. H. heraufgesetzt werden. Für Einzelfahrten in der 2. Klasse 3 Mark (bisher 1,80 Mark), in der 3. Klasse 2 Mark (bisher 1 Mark). Die Fahrkarten gelten also wieder zur Fahrt zwischen beliebigen Stationen der Stadt- und Ringbahn, ohne Unterschied der Zahl der dazwischen liegenden Haltestellen und ohne Rücksicht auf die zurückgelegte Strecke. Die Preise der Monats-

tarifen werden im Stadt- und Ringbahnverkehr in Zukunft in der 2. Klasse 75 Mark (bisher 40 Mark) und in der 3. Klasse 50 Mark (bisher 25 Mark) betragen. Die neuen Preise für Schülermonatskarten des Stadt- und Ringbahnverkehrs sind auf 33 Mark (bisher 20 Mark) in der zweiten Klasse und auf 25 Mark (bisher 13 Mark) in der dritten Klasse festgesetzt worden, während der neue Preis der Wochenkarte 3. Klasse 13 Mark gegen 6,50 Mark betragen wird. Für die Mindestentfernungen des Vorortverkehrs (10 Kilometer) werden die neuen Preise die gleichen sein, wie die oben genannten. Für die weitergelegenen Stationen müssen die neuen Preise nach einer Hilfsberechnungstafel festgestellt werden. Zur Ersparrung besonderer Neubrude von Fahrkarten, die in der kurzen bis zur Einführung der Tarifierhöhung noch zur Verfügung stehenden Zeit auch nicht fertigzustellen wären, sollen die bisher gedruckten Fahrkarten auch nach dem 1. Februar weiter verbracht werden. Sie werden einen Stempelaustrich mit dem neuen Fahrpreise erhalten. Fahrkarten ohne Ueberdruck sind nach dem 1. Februar nur dann gültig, wenn sie mit einem besonderen Zeichen am Kopfe der Fahrkarte versehen sind. Fahrkarten ohne dieses Zeichen müssen zweimal, und Fahrkarten, die als Kennzeichen ein Kreuz tragen und die den jetzt geltenden Fahrpreis aufgedruckt tragen, müssen einmal gestempelt sein, um nach dem 1. Februar Gültigkeit zu haben. Die Stempelung wird auch für die Zeitkarten durchgeführt werden. Zeitkarten mit den neuen Preisen erhalten jedoch kein besonderes Zeichen. Die Rückgabe im voraus zu den bisherigen Sätzen geführte Fahrkarten wird nach dem 1. Februar an jedem Fahrkartenschalter der Stadt-, Ring- und Vorortstationen erfolgen können. — Damit ist die seitens der Stadt Berlin seit längerer Zeit angestrebte Tarifgemeinschaft zum ersten Male praktisch zur Durchführung gelangt, wenigstens hinsichtlich der Einzelfahrpreise, die in der 2. Klasse mit dem in Aussicht genommenen neuen Streckenbahntarif, sowie mit dem gleichfalls vor der Erhöhung stehenden Hochbahntarif übereinstimmen.

Ort frauenlassen und Erbschaften

Die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung dient den Erbschaften als willkommenen Anlaß, um eine lebhaftere Betätigung zu erlangen. Geschwiegen wird dabei, daß ein großer Teil der bei den Erbschaften sich meldenden Personen die Mitgliedschaft bei der Erbschaft nicht erlangen kann, weil Kranke vom Beitritt ausgeschlossen werden. Vollzogene Aufnahmen versucht man wieder rückgängig zu machen, wenn Ansprüche geltend gemacht werden. Bei vergleichenden Betrachtungen über die B ürdige unterlassen es die Erbschaften darauf hinzuweisen, daß sie für die Familienversicherung besondere Beiträge erheben.

Nachdem alle Rinderdemitteien der reichsgesetzlichen Krankenversicherung angehören haben, sind die Erbschaften überflüssig. Sie haben nur noch als Zuschußleistungen Erbschaften. Die jetzigen Verhältnisse erfordern eine Zusammenfassung der Versicherungsträger, damit große leistungsfähige Einrichtungen entstehen und Leistungen, Beiträge usw. einheitlich ausgestaltet werden können. Deshalb sollten die Leistungen der Erbschaften mit größter Vorsicht geprüft werden. Die Leistungen der Erbschaften auf dem Gebiete der Krankenfürsorge sind gegenüber denen der großen Krankenanstalten lächerlich gering, denn der Wert einer Krankenklasse hängt nicht in erster Linie von der Höhe des Krankengeldes, sondern von dem Umfang der Sachleistungen, wie Krankenpflege (ärztliche Behandlung), Krankenkost, Zahnpflege, Hauspflege, Krankenhauspflege, Genußgongemeine usw.) ab.

Wie verhalte ich mich bei Sterbefällen?

Wenn sich ein Trauerfall ereignet, müssen die Hinterbliebenen sofort eine ganze Reihe von Maßnahmen treffen, über die sie sich letzten genauen klar sind. Hieraus ergeben sich mannigfache Unannehmlichkeiten, wie unnütze zeitraubende Wege und dergleichen mehr. Wir geben daher nachstehend eine Uebersicht über die beim Eintritt eines Sterbefalles notwendigen Schritte:

Die zur Meldung verpflichtete Person begibt sich zuerst zu ihrem Polizeirevier, wo ihr ein Exemplar des Totenscheines ausgestellt wird, auf dem die Angaben über die Personalien und Wohnungsverhältnisse des Toten eingetragen sind.

Alsdann hat der Anmeldehende den Totenschein in dem Arzte vorzulegen, der den Tod festgestellt hat und die betreffende Person während der dem Tode unmittelbar vorangegangenen Krankheit behandelt hat. Nachdem der Arzt die erforderlichen Eintragungen gemacht hat, wird der Totenschein von dem Polizeirevier abgeholt und dem Anmeldehenden wieder zurückgegeben, der nunmehr die Eintragung des Sterbefalles in das Standesamtsregister zu beantragen hat. Ueber die erfolgte Eintragung erhält der Anmeldehende von dem Standesamte eine Bescheinigung, die er mit dem Totenschein dem Polizeirevier wieder vorzulegen hat.

Auf Grund dieser Papiere erhält der Anmeldehende den Beerdigungsschein zur Ablegerung bei dem Leichenbesteller und außerdem eine Bescheinigung, die dem Küster der betreffenden Kirche bezw. dem mit der Verwaltung des betr. Friedhofes besauftragten Beamten vorzulegen ist.

Verlockend billige Preise Jedes Angebot ein Schlager



Damen-Hausschuhe, Kamelhaarstoff mit Kordelohle, in vielen schönen Mustern. Besonders preiswert **21**
Damen-Hausschuhe in Sammet, feinfarbigem Filzstoff sowie Kamelhaarstoff, in viel. Farb. u. Mustern, eleg. Morgenschuhe **48**
Damen-Hausschuhe in Steppelack und feinfarbigem Filzstoff, mit Pompon und Lasche, prima Qualitäten. Extra billig **58**
Damen-Hausschuhe schwarze Leder mit Filzfutter, durchgehäuter starker Ledersohle und Fleck. Besonders billig **68**
Damen-Schnallensiefel schwarze Filzstoff, mit Lederohle und Absatzsack, Vorderlederklappe. Extra billig **68**
Damen Schnallensiefel schwarz prima Filzstoff, mit weissem Friesfutter, Filz- und Ledersohle. Sehr elegante Form **88**

Damen-Schnallensiefel schwarz, Chromled., m. weißer Friesfutter, Filz- u. Ringbesatz **98**
Damen-Spangenschuhe, schwarz Leder, für die Strasse, kurze, mod. Form, hohe und niedrige Absätze. Sehr billig **123**
Damen-Schnürstiefel, prima Rindbox, mit Derbyschnitt oder Ringbesatz, breite moderne Form, halbhohler Absatz **175**
Damen-Lack-Spangenschuhe prima Lackleder, elegante Form, moderne hohe Absätze. Aussergewöhnlich billig **198**
Damen-Schnürstiefel, prima R.-Chevreau, z. T. Lackkappe, mit Derbyschnitt oder Ringbesatz, sehr moderne Formen.... **198**
Damen-Schnürstiefel, prima Rindbox, hoher Schaft, mit und ohne Lackkappe, kurze moderne Form. Sehr billig **218**

Kinder-Schnürstiefel, schwarz Chevreau, sehr bequeme und schöne Form. Grösse 18-22. Besonders billig **36**
Kinder-Ladersandaalen braun Rindled., mit starker, durchgehäuter Ledersohle und Absatz. Grösse 31-35 88,00, Gr. 21-30 **48**
Kinder-Spangenschuhe prima Rindbox und Chromleder, gute Ausstattung, Extra billig. Grösse 31-35 82,00, Grösse 27-30 **72**
Herrn-Schnallensiefel schwarz Filzstoff, mit ringsherum Lederbesatz, starker Ledersohle m. Abs. Für die Strasse geeignet **128**
Herrn-Schnürstiefel prima Rindbox u. R.-Chevr., m. Lackkappe, Besatz u. Derbyschnitt, eleg. mod. Formen, gute Ausführg. **198**
Herrn-Schnürstiefel in Rindbox mit R.-Chevreau-Besatz, vorz. Qualität, mit u. ohne Derbyschnitt. Sehr preiswert **228**

Stillier

Parteiveranstaltungen
U. S. P. Genossenschaftsräte

Am Donnerstag, den 12. Januar 1922, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, eine Zusammenkunft aller U. S. P. Genossenschaftsräte statt. Sollte in einer Verkaufsstelle kein U. S. P. Genossenschaftsrat sein, bitten wir, daß ein Mitglied der Verkaufsstelle bestimmt erscheint.

1. Die Kapitalistischen Wirtschaftl. Fortschrittler Genosse Golem, Beginn am 11. Januar, abends 8 Uhr, Schallplatz, Westpreussische (Kriegsmuseum).
2. Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Vortragender Genosse H. Selbel, Beginn Donnerstag, 12. Januar, abends 7 Uhr, in der Oberrealschule, Finkenstr. 44.
3. Die Kunst unserer Zeit, Vortragender Genosse Böhm, Beginn Montag, 9. Januar, abends 7 Uhr, in der Oberrealschule, Finkenstr. 44.
4. Diktirt, heute 6 Uhr bei Hütner, Schwedter Str. 2, Lichtbild-Vortrag: Die Schönheit der Dama von der Quelle bis zur Krönung. Nachdem gemächliches Kaffeetrinken. Billets sind noch an der Kasse zu haben.

Sonntag, 8. Januar

9. Diktirt (Wedding), Kindergruppe: Familienberatung, Treffpunkt 9 Uhr, Leopoldplatz, Jahrgang 2. H.

Montag, 9. Januar

10. Verwaltungsbegriff, Abt. Posten, abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Beyer, Mühlent. 12.
11. Verwaltungsbegriff (Abt. Niederschönhausen), abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Kalland, Finkenstr. 44.
12. Diktirt (Wedding), abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Dems, Schlegelstr. 9.
13. Diktirt, abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Kaiser, Gensersstr. 34.
14. Diktirt, abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Gleditsch, Wilhelmshafenstr. 25.
15. Diktirt, 7 1/2 Uhr Diktirtkonferenz bei Gurus, Finkenstr. 37.
16. Diktirt, abends 7 1/2 Uhr Diktirtkonferenz beim Genossen Scheide, alle Funktionäre müssen teilnehmen.
17. Diktirt, abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Gleditsch, Koppenhagenstr. 24.
18. Diktirt, abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Hütner, Schwedter Str. 2.
19. Diktirt (Straßen), Funktionärskonferenz bei Radlauer, Koppenhagenstr. 17.
20. Diktirt (Krausberg), abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Schwallier, Milt. Finkenstr. 24.
21. Diktirt (Krausberg), abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Kade, Fichte-Str. 25.

22. Diktirt (Krausberg), abends 7 1/2 Uhr Diktirtkonferenz im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147.
23. Diktirtkonferenz, abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz im Rathaus, Zimmer 1.
24. Diktirtkonferenz, abends 7 1/2 Uhr wichtige Funktionärskonferenz bei Baum, Koppel-Paulus-Str. 33. Niemand darf fehlen. Der Frauenabend findet erst am 16. Januar statt.
25. Diktirt, abends 8 1/2 Uhr Funktionärskonferenz des Kant. Fichte, 4. Reichsberger-Welt, abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz im Volkshaus.
26. Diktirt, abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz im Rathaus, Zimmer 11.
27. Diktirt (Krausberg), abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz im Kriegerdenkmal, Kriegerdenkmal-Str. 7.
28. Diktirtkonferenz, 7 1/2 Uhr Diktirtkonferenz im Kriegerdenkmal, Kriegerdenkmal-Str. 7.
29. Diktirt, abends 7 1/2 Uhr Diktirtkonferenz im Kriegerdenkmal, Kriegerdenkmal-Str. 7.

Dienstag, 10. Januar

30. Verwaltungsbegriff, 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz beim Genossen Hoffmann, Lohner Str. 8. Vorstandsmitglieder der Diktirt 11-14 sind hierzu eingeladen.
31. Verwaltungsbegriff, abends 7 1/2 Uhr Diktirtkonferenz bei Volentin, Krausberg-Str. 30.
32. Diktirt (Wedding), Kommunale Kommission, abends 7 1/2 Uhr Sitzung in der Schule Hütner-Str. 47-48 (Oberklasse). Vortrag des Genossen Jahnke, alle haben zu erscheinen.
33. Diktirt (Krausberg), 1/2 Uhr Sitzung der Kinderkommission bei Hermanns, Finkenstr. 28.
34. Diktirt (Krausberg), abends 7 1/2 Uhr Frauenarbeits- und Kinderkommission bei Gleditsch, Kriegerdenkmal-Str. 47. Alle Genossinnen müssen erscheinen.

Mittwoch, 11. Januar

35. Diktirt, 1. Abteilung, abends 7 1/2 Uhr gemeinsamer Jahrsabend in der Kule Dreieckstr. 12. Referat und Geldbeiträge. (Einleben)
36. Diktirt, 7. Abteilung, gemeinschaftlicher Jahrsabend bei Kugel Straß, Finkenstr. 50.
37. Diktirt (Krausberg), abends 7 1/2 Uhr gemeinsamer Jahrsabend Vortrag des Genossen Art. Richter in der Turnhalle Oststraße.

Bereinskalender

Arbeiter-Genossenschafts-Berein "Stolz-Ehren", Kreis-Kassentaxen beginnen: Bezirk Ost: Montag, den 9. Januar, 1/2 Uhr, Kreuzmannstr. 6 (Schule). Bezirk Nord: Dienstag, den 10. Januar, 1/2 Uhr, Schallplatz 26 (Schule). Bezirk West: Freitag, den 13. Januar, 1/2 Uhr, Bremer Str. 13-17 (Schule). Bezirk Süd: Freitag, den 13. Januar, 1/2 Uhr, Kaiser-Str. 209-210 (Schule). Bezirk Ost: Montag, den 16. Januar, 1/2 Uhr, Schwedter-Str. 19 (Schule). Das Unterjährig beträgt 20 M. für Einzelkarte und 22 M. für Jugendkarte unter 18 Jahren einschließlich aller Lehrmittel. Weitere Einzelkarte 10 M. für Einzelkarte, Berlin SO 33, Gleditsch Str. 22.

Montag, 9. Januar

- Zentralverband der Angestellten, Doran-Kongers, abends 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in den Angestellten, Kaiser-Wilhelm-Str. 21.
- Zentralverband der Angestellten, Kranzfelder- u. Heringsgenossenschaft, Mitglieder-Versammlung der Fortbildungskasse in der Kule bei Sophienstraße, Weinmeister-Str. 16-17, graue Karten, 6 Uhr (Allgemeine Wahlprüfungs); rote Karten, 8 Uhr (Jahresberichterstattung). Stundenpläne werden am Eingang ausgegeben.

- Zentralverband der Angestellten, Chem. Kleinhandel, abends 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung im Verbandslokal, Belle-Alliance-Str. 7-10. — Gewerkschaft und Schürzen, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in den Angestellten, Kaiser-Wilhelm-Str. 21. — Zigaretten-Industrie, abends 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in den Angestellten, Kommandantenstr. 58-59. — Glas und Keramik, abends 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Zweigverein, Kommandantenstr. 58-59.
- Deutscher Holzarbeiterverband, für die in der Kantine und Buchbinderei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen findet die Versammlung in den Angestellten, Kaiser-Wilhelm-Str. 21, abends um 5 Uhr statt. — Die Ortserhaltung, abends 7 1/2 Uhr, erscheinen alle Kollegen erforderlich. Die Ortsleitung.
- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, Kongress-Veranstaltung, abends 7 1/2 Uhr allgemeine Versammlung im Englischen Hof, Alexanderstr. 26. Tagesordnung: Rüdigen wir den Tarifvertrag?

Dienstag, 10. Januar

- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, Handhilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Holz-, Möbel- und Holzwarenindustrie, abends 6 1/2 Uhr Gruppenversammlung bei Witte, Fichte-Str. 29. — Handelslehre, praktische Übungen, abends 8 1/2 Uhr wichtige Gruppenversammlung bei Witte, Fichte-Str. 29. Tagesordnung: Bericht über Lohnverhandlungen. — Graph. Gewerbe, Schallplatz, abends 7 1/2 Uhr wichtige Gruppenversammlung in der Schallplatz-Schallplatzstr. 54a. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen. — Textilarbeiter, Vertrauensleute aus dem Textil- und Seidenhandwerk, 5 1/2 Uhr Vertrauensmänner-Versammlung bei Hoppe, Fichte-Str. 24. — Gewerbe der Holzindustrie, Lagerarbeiter, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Kugel, Finkenstr. 13. — Verbilligung- und Zugabehilfen, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Kugel, Finkenstr. 13. Tagesordnung: Rüdigen wir den Tarifvertrag?
- Zentralverband der Angestellten, Kong. Sekretär- u. Expedienten, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in den Angestellten, Sophienstr. 17-18.
- Mitglieder-Versammlung der Fortbildungskasse am Schallplatz, abends 7 1/2 Uhr Generalversammlung im Haus Gleditsch, Schallplatz 26.
- Verband der Kriegerkassen, Kriegerkassen und Kriegerkassenvereine, Bezirk Ost, abends 7 1/2 Uhr Generalversammlung in der Kule des Cecilien-Vereins, Rathausstr. 8. Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit der Kassenvereine.

Der Inventur-Ausverkauf im Gardinen-

Haus Zimet bringt eine Fülle von vorteilhaften Angeboten:
 Plüschgardinen, 2 Schals, 1 Querbezug 135, 195, 225
 Bettdecken, prima Qualitäten 125, 145, 195
 Stores in ein-amer Ausführung 99, 125, 175
 Madrasstoffe, Etamine, Tüll, Spanntücher, Teppiche, Diwanddecken usw.
 (je Preis wert.)
Drei Hauptgewinne
 bringt Ihnen der Einkauf in unseren Spezialgeschäften.
 Beste Qualitätsware! — Billigste Preise! — Beste Bedienung!
 Detaillierter Kaufscheck:
 Gedecktes u. Ständerstoffs am Bahnhof Jannowitzbrücke, Untergrundbahnhof Friedrichsbrücke.
Köpenicker Str. 102 (Ecke Hansaallee) genau beachten, am Bahnhof Schönehauser Allee, Bahnhofsstr. 6 (Ecke Hansaallee) genau beachten, am Bahnhof Schönehauser Allee, Bahnhofsstr. 6

Ausverkauf der Inventur-Bestände Baer Sohn
Alleinige Verkaufsstelle: Chausseestraße 29/30
Nur noch bis Sonnabend, dem 14. Januar, abends 7 Uhr!



- | | | |
|--|--|--|
| Ulster in haltbaren Qualitäten, ungewöhnlich billig. Serie II früher bis 400 jetzt 260 M., Serie I früher bis 300 jetzt M. | Knaben-Anzüge in sehr guter Ausführung und besten Qualitäten, Serie VI früher 475 jetzt 350 M., Serie V früher 350 jetzt M. | Gehpelze Oberstoff prima Tuchkammgarn, Sealkaninfutter und prima Kragen, erstklassige Ausführung, früher 8000 jetzt M. 6000, früher 7000 jetzt M. |
| Raglans, Schlüpfer und Ulster in moderner Verarbeitung. Serie IV früher bis 900 jetzt 700 M., Serie III früher bis 800 jetzt M. | Knaben- und Burschen-Ulster in sehr guten Qualitäten. kl. Größe, Serie IV früher 600 jetzt 375 M., Serie III früher 450 jetzt 300 M., Serie II früher 375 jetzt 250 M., kleinste Größe, Serie I früher 300 jetzt M. | Phantasie-Westen in hell und dunkel, früher 140 jetzt M. 80, früher 85 jetzt M. |
| Schlüpfer und Raglans in den neuesten u. schönsten Farbenstellungen u. best. Qualitäten, Serie VIII früher 1700 jetzt 1200 M., Serie VII früher 1500 jetzt 1100 M., Serie VI früher 1300 jetzt 1000 M., Serie V früher 1100 jetzt M. | Knaben- und Burschen-Pyjacks blau, warm gefüttert. kl. Größe, Serie III früher bis 600 jetzt 350 M., Serie II früher 300 jetzt 213 M., Serie I früher 245 jetzt M. | Maschinen-Anzüge blau, aus Paserstoff 1 1/2, aus gutem Baumwollstoff von M. mit Kapok wattiert, mit und ohne Aermel M. |
| Pa'etots aus marengo Cheviot u. schwarzen u. melierten Melinos nach den neuesten Modellen, auch anschließend gearbeitet, Serie IV früher 1400 jetzt 1100 M., Serie III früher 1200 jetzt 900 M., Serie II früher 1150 jetzt 840 M., Serie I früher 900 jetzt M. | Herren-Winterjoppen aus dauerhaften Qualitäten, warm gefüttert, Serie III früher 475 jetzt 330 M., Serie II, sport, früher 350 jetzt 225 M., Serie I früher bis 300 jetzt M. | Unterwesten M. 45, 35 |
| Engl. Offiziersmäntel in braunellierter Farbe, aus dickem, wasserfestem und wasserdichtem Wollstoff mit wollenem Leibfutter M. | Herren-Winterjoppen aus schweren Lodenstoffen, Serie V früher 600 jetzt 425 M., Serie IV früher 400 jetzt M. | Strenger Anzüge aus bestem Manchester u. engl. Leder mit schwerem Futter. Schutz gegen Frost von M. |
| Amerik. Mäntel in braunellierter Farbe, erstkl. Fabrikation, lock- und rüffel. M. M. | Bozener Mäntel für Herren, aus imprägniertem Strichloden, Serie III früher bis 600 jetzt 425 M., Serie II früher bis 500 jetzt 350 M., Serie I früher bis 450 jetzt M. | Sweater-Anzüge , vorzügliche Qualität, Größe I, M. 108 |
| Herren-Anzüge aus haltbaren soliden Stoffen, Serie II früher bis 500 jetzt 375 M., Serie I früher bis 300 jetzt M. | Bozener Mäntel für Damen, aus gutem Strichloden, Serie II früher 450 jetzt M. | Sweater , graues, festes Gewebe, Größe 50 M. 6 |
| Herren-Anzüge aus modernen, teils wollenen Stoffen, in eigenen Werkstätten verarbeitet, Serie IV früher 600 jetzt 400 M., Serie III früher 500 jetzt 450 M., Serie II früher 400 jetzt M. | Bozener Mäntel für Damen, aus gutem Strichloden, Serie II früher 450 jetzt M. | Ueberziehjackchen für Damen, reine Wolle M. 89 |
| Herren-Anzüge ganz besonders preiswert, aus Wollcheviot, beste Verarbeitung, Serie V früher 1200 jetzt M. | Bozener Mäntel für Damen, aus gutem Strichloden, kleinste Größe, für 16-Jährige, früher 200 jetzt M. | Damen-Hemden mit langen Aermeln, feines Gewebe M. 20 |
| Sport-Anzüge mit Breeches-Hose, außergewöhnlich preiswert, früher 700 jetzt nur M. | Gummimäntel für Herren nur in guten Qualitäten, Serie III früher bis 1000 jetzt 800 M., Serie II früher 700 jetzt 550 M., Serie I früher bis 575 jetzt M. | Untertaillen mit Aermeln für Damen M. 5 |
| Außerdem verschiedene Anzüge in höheren Preislagen, die entsprechend herabgesetzt sind. | Gummimäntel für Damen seltener Gelegenheitskauf, früher M. 600 jetzt 490, früher 500 jetzt 650, früher 450 jetzt M. | Herren-Hemden festes gutes Trikotgewebe M. 19 |
| Sport-Anzüge mit Breeches-Hose, außergewöhnlich preiswert, früher 700 jetzt nur M. | Herren-Hosen aus festem melierten Stoff, Ersatz für Militärhosen, Serie I früher 80 jetzt M. 65 | Herren-Hemden Vigogna, in allen Größen M. 40 |
| Außerdem diverse bedeutend herabgesetzten Preisen. | Herren-Hosen aus gestreiftem Buckskin und Satin, Serie IV früher 175 jetzt M. 120, Serie III früher 120 jetzt M. 90, Serie II früher 95 jetzt M. | Herren-Unterhosen festes Trikotgewebe M. 18-19, 12 |
| Jünglings-Anzüge bestehend aus Jacke und Hose, in den Größen 40-45, jetzt nur M. 40 | Herren-Hosen aus gutem Kammgarnstoff, Serie VII früher 350 jetzt M. 250, Serie VI früher 300 jetzt M. 225, Serie V früher 275 jetzt M. | Herren-Unterhosen Vigogna, in allen Größen M. 30 |
| Jünglings-Anzüge aus besseren Stoffen, dreifach, kleinste Größe für 14-15 Jahre, Serie III blau, früher 400 jetzt 370 M., Serie II früher 400 jetzt 300 M., Serie I früher 400 jetzt M. | Herren-Hosen aus schwarzem Stoff, prima Tuchkammgarn früher 285 jetzt M. 225, Trikot, früher 225 jetzt M. | Oberhemden glatt, weiß, mit Faltenbrust M. 119 |
| Jünglings-Anzüge aus prima Stoffen, in bester Verarbeitung, Serie VII, blau Cheviot, früher 500 jetzt 700 M., Serie VI früher 450 jetzt 325 M., Serie V früher 325 jetzt 500 M., Serie IV, dunkel Kammgarn, früher 600 jetzt M. | Militär-Hosen aus festem feldgrauen Stoff früher 115 jetzt M. | Oberhemden aus gutem Perkal, in modernen Dessins mit Klappmanschetten und Kragen M. 126 |
| Burschen-Anzüge kleinste Größe, f. 9-Jährig Knaben passend, Serie III, blau, früher 350 jetzt 230 M., Serie II, blau, früher 350 jetzt 230 M., Serie I früher 300 jetzt M. | Drell-Hosen feldgrau, Reinleinen M. 60 | Strickbinder in verschiedenen Farben M. 8 |
| Burschen-Anzüge in Jacke- und Sportform, sehr gute Qualitäten, kl. Größe, Serie VI früher 600 jetzt 450 M., Serie V früher 500 jetzt 350 M., Serie IV früher 420 jetzt M. | Einzelne Stoffwesten außergewöhnlich billig M. 16 | Schleifen schöne Muster M. 1 |
| Knaben-Anzüge für 3- bis 8-Jährige, in vornehmen Fassons und Farbenstellungen, kl. Größe, Serie IV früher 250 jetzt 190 M., Serie III früher 190 jetzt 130 M., Serie II früher 150 jetzt 100 M., Serie I früher 110 jetzt M. | Pelzjoppen und Fahrpelze außergewöhnlich preiswert, Serie III M. 900, Serie II M. 600, Serie I M. 300 | Schals für Herren und Damen, reine Wolle, K.-Seide M. 65, 64, 42 |
| | Sportpelze mit besten modernen Oberstoffen und guter Pelzfütterung mit grauem Krage, früher 9000 jetzt M. 7200, früher 7000 jetzt M. 4500, früher 6000 jetzt M. 3500, früher 4000 jetzt M. 2700 | Herren-Stepp- u. Filzhüte in modernen Farben und Formen M. 42 |

INVENTUR-VERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN!

„Was wir bieten“

22 Waggons Porzellan * Steingut

Porzellan	Steingut, mit kleinen Fehlern	Steingut	Braunes Steingut	Porzellan bunt
Speiseteller weiss, mit kleinen Fehlern flach oder tief... 4 ⁹⁵	Vorratsstollen 3 ⁷⁵	Speiseteller tief od. flach, Stk. 1 ⁶⁵	Kaffee- u. Teekannen... 5 ⁷⁵ 9 ⁵⁰	Kaffeesevice 6 ⁸⁰ 7 ⁸⁰
Abendbretter 1 ⁶⁵ 2 ⁹⁵	Gewürzstollen 1 ⁶⁵	Terrinen 9 ⁷⁵	Zuckerboxen 4 ⁷⁵	Kaffeesevice 5 ⁸⁰ 6 ³⁸ 5 ⁵⁰
Kompotteller 95 ^{Pl.} 1 ⁰⁵	Waschgarnit. 5 Stk. 58 ⁵⁰ bis 185 ⁰⁰	Kartoffelschüsseln 8 ⁷⁵	Satz Schüsseln weiss, 6 Stk. 14 ⁷⁵	Tafelservice 23 teilig 675 ⁰⁰
Terrinen 23 ⁵⁰ 38 ⁵⁰	Flaschen 1 ⁴⁵	Saucieren 4 ⁷⁵	Tassen 2 ⁵⁰ 3 ⁰⁰	Oberlinsen bunt... Stück 1 ⁴⁵
Kompottschüssel rund... 45 ^{Pl.}	Mestlen 8 ⁷⁵	Bratenplatten 4 ⁷⁵	Backformen... 2 ⁷⁵ 4 ⁷⁵ bis 14 ⁰⁰	Mokkatassen 3 ⁶⁵
Saucieren 6 ⁷⁵ 9 ⁷⁵	Waschbecken und Waschrüge Stk. 11 ⁵⁰ 16 ⁵⁰ 21 ⁵⁰	Salatieren 4 ⁷⁵	Milchtöpfe Stk. 1 ²⁵ 1 ⁷⁵ 2 ⁷⁵ bis 4 ⁷⁵	Kaffeetassen Goldrand 4 ⁷⁵
Bratenplatten... 3 ⁷⁵ 6 ⁵⁰ bis 19 ⁵⁰	Ein Waggon bunt Porzellan mit kleinen Fehlern besonders billig	Ein Waggon Pressglas ganz besonders billig		Kaffeetassen bunt 3 ⁹⁵
Salatschüsseln 2 ⁷⁵ 3 ⁷⁵ bis 12 ⁵⁰				Kompotteller bunt 2 ⁴⁵
Kaffee- u. Teekannen... 5 ⁵⁰ 8 ⁷⁵				Milchtöpfe 6 teilig 18 ⁷⁵
Zuckerboxen 2 ⁷⁵ 3 ⁶⁵				Salz- und Mehl-Mestlen 19 ⁷⁵
Milchtöpfe 95 ^{Pl.} 1 ⁷⁵ bis 4 ⁵⁰				Goldstkr. Stück 19 ⁷⁵
Tassen 1 ⁴⁵ 1 ⁹⁵ 2 ⁶⁵				Küchengerät 22 Stk. 265 ⁰⁰
Oberlinsen für Gastwirtschaften... Stück 1 ⁹⁵				



Angestellte Groß-Berlins!

Heute, Sonntag, den 8. Januar 1922 finden die Wahlen für die Körperschaften der

Angestellten-Versicherung

statt. Alle Angestellten, die für die notwendige Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung eintreten, wählen

die Liste AfA-Bund

Angestellter Keiner darf bei der Wahl fehlen Jeder sorge dafür, daß gewählt wird

die Liste AfA-Bund

Hermann Engel

Landsberger Str. 85, 86, 87.

Nur noch 6 Tage
Grosser Saison-Ausverkauf
 Riesige Ersparnisse warten auf Sie,
 versäumen Sie keinen Augenblick! Kommen Sie!

Reinwollene Kleider mit Mikroskopien verziert 398 298 275 198	Wunderbare Seal-Elektrik-Mäntel in neuesten Formen 9500 8500 7500
Dicke Wintermäntel aus gutem Stoff 398 275 198	Fesche Sport-Katzen-Jacken 7500 6500 4750
Prakt. Kleiderröcke 86 68 47	Elegante Zobel-Astrachan-Mäntel 5750
Helle Seidenmäntel auf beide getüschert 398 298	Pracht. Siberietiemäntel 19500
Prima Dirndlstoffe in reizenden Mustern... M. 24 ⁷⁵	Stinks-Jacken 5900
Farbige Kleider-Samie M. 74 ⁰⁰	Polz-Muffen, Kragen, Füchse, Wölfe bedeutend herabgesetzt.
110 cm breite reinwoll. Kleiderstoff, in neuesten Farben... M. 98 ⁰⁰	Warme gestr. Kinder-Trikots Größe 60 70 80 90 100 110 120 130 140 150 160 170 180 190 200 210 220 230 240 250 260 270 280 290 300 14,50 11,- 13,50 16,- 18,50
140 cm breite Stoffe für Herren-Anzüge und Damen-Kostüme, Meter M. 98,50, 88,-, 62 ⁰⁰	Farbige Kinder-Sweater in allen Größen durchweg M. 16 ⁰⁰
Prima Damenhemden mit Langschlä und Hohlsaum-garnierung... M. 59 ⁰⁰	Herr.-Trikot-Unterhosen M. 14,75 7 ⁰⁰
Prima Kniebeinhemden mit Stickerel... M. 55 ⁰⁰	Damen-Moux.-Strümpfe M. 7,75, 6,90 5 ⁰⁰
Untertailien mit Spitze und Einsatz... M. 24 ⁷⁵	Kinderschürzen mit roten Besatz Größe 45 50 55 60 65 70 75 80 85 90 95 100 105 110 115 120 125 130 135 140 145 150 155 160 165 170 175 180 185 190 195 200 205 210 215 220 225 230 235 240 245 250 255 260 265 270 275 280 285 290 295 300 14,50 11,- 13,50 16,- 18,50
Prima Schenertücher M. 5,90, 4,90, 3 ⁰⁰	80cm Prima Hemdenhals Meter M. 19 ⁰⁰
Engl. Tüll-Gardinen-Vitrage M. 17 ⁰⁰ 14 ⁵⁰ 9 ⁰⁰	Engl. Tüll-Bettdecken 1- und 2-st. 238, 175, 105, 72
Englisch Tüll-Gardinen Meter 21 ⁰⁰ 19 ⁰⁰ 16 ⁰⁰	Madras-Künstl.-Gardn. 2 Schal u. 1 Quer-Farbenstellungen 575, 275, 225, 198
Künstl. Gardn. engl. Tüll 1- und 2-st. 225, 165, 110, 85	Biamin- u. engl. Tüll-St. 210, 175, 125, 78
Engl. Tüll-Bettdecken 1- und 2-st. 238, 175, 105, 72	Pfler-antiken-Stores mit Biamin u. Klapp-Einsatz 550, 420, 395

Außerordentlich billiger Teppich-Verkauf.

Ausgeschnitten!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Untergeschichte bestellt hiermit vom

1 Exemplar der **zweiten** täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit“

Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

unterhaltungsbelegten „Freie Welt“, „Frauenwelt“ u. „Jugend-Geselle“ zum Preise von Mk. 21.- monatlich, Mk. 10.50 halbmönatlich, bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____

Ort: _____

Strohse: _____

(Strohse deutlich schreiben, Briefe genau ausfüllen: vorn, hint, links, rechts.)

Dieses Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.

Sobald erschienen!

USPD Taschen-Kalender 1922

Aus dem Inhalt:
 Aufgaben der Betriebsvertretungen
 Lohnsteuer, Abzug vom Arbeitslohn / Hilfe bei Unglücksfällen
 Einnahme- und Ausgabeabellen
 Statistik der Reichstagswahlen
 Reichhaltiges Adressen-Material
 Tarife / Interessante Notizen u. a.

Gutes Schreibfähiges Papier
 Galbleinen gebunden

5.- Mark

Zu beziehen durch die
 Freiheit-Expeditionen
 und
 Buchhandlung „Freiheit“ - Berlin C2

Kreuzfüchse 300 M.

Alaska-, Bleu-, Zobel-, Silber-, Weißfüchse, Luchse, Wölfe, enorm billig!
 Damen-Palzmäntel 2500, Sportpelze 800, Gahpelze 1500 M.
 Ferner Cutaways, Paletots, Schläpfer jetzt 400-800 M. (Keine Lombardwaren)
 Leihhaus Moritzplatz 58a (Größtes Spezialhaus dieser Art)

2. Reichs-Frauenkonferenz der USPD.

Der erste Tag

Eigene Drahtmeldung

Leipzig, den 7. Januar 1922.

Als Vorsitzende werden Genossin Plötke (Leipzig) und Genossin Zieg (Berlin) gewählt, und das Bureau wird durch neun Schriftführerinnen ergänzt. Genossin Thiel begrüßt im Namen der Leipziger Parteigenossinnen die Konferenz aufs herzlichste. Die Genossinnen erheben sich impulsiv während ihrer Rede zu Ehren der während des Kampfes Gefallenen von den Plätzen. Genossin Thiel fordert auf, durch rege Aufklärung die von der Partei Abgeplitterten wieder zu gewinnen und wünscht der Konferenz besten Erfolg. (Lebhafte Beifall.)

Genossin Ledebour heißt die Genossinnen im Namen des Zentralkomitees herzlich willkommen und drückt seine Freude über die große Zahl der Erschienenen aus. Die Notwendigkeit besonderer Frauenkonferenzen ist gegeben, weil trotz der politischen Gleichberechtigung die Frau nach Sittlichkeit und Gesetz noch als minderwertig gilt. Eine ganz andere Auffassung über die Stellung der Frau in der Bevölkerung und besonders auch in Arbeiterkreisen herbeizuführen, die Frau zum proletarischen Selbstbewusstsein zu erziehen, ist eine Aufgabe der Genossinnen. „Suchen Sie das Gefühl der Gleichberechtigung in den Frauen zu wecken, dann werden Sie sich als Vorkämpferinnen in der proletarischen Bewegung betätigen.“ (Großer Beifall.)

Agitation und Presse

Genossin Zieg schildert in großen Linien die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, um dann näher auf die Methoden unserer Agitation einzugehen. Sie zeigt, wie es den Kapitalisten unmöglich ist, mit den inneren und äußeren Problemen fertig zu werden. Nur dem Sozialismus wird das Gelingen. Unser Kampf ist deshalb noch wie vor auf die Eroberung der politischen Macht eingestellt. Statt einer Arbeitslosenversicherung will die herrschende Klasse eine Arbeitslosenversicherung einführen. Für die Arbeitslosen, für Mutter- und Säuglingskinder ist kein Geld da, wohl aber für die Reichswehr. Immer mehr tritt die Reaktion auf. Die Justiz fällt gegen die Arbeiter ungünstige Urteile, die Bürokratie schikanieren sie, und die Arbeiterklasse entwickelt nicht die Energie, zu erobern, was zu erobern ist. Während in Russland Tausende Hungers sterben, verbrennt man in Amerika den Weizen in Australien die Wolle, in Amerika die Baumwolle, um das Sinken der Preise zu verhindern. Aus Friedenskonferenzen werden Rüstungskonferenzen. Dieser Widerstand des kapitalistischen Systems muß die Massen aufrütteln. Um unserer Kinder willen müssen wir mit leidenschaftlicher Hingabe für den Sozialismus kämpfen.

Die Formen der Agitation müssen sich bei den ersten Kosten für Porto, Druckkosten, Fahrten usw. anders als früher gestalten. In normalen Fällen müssen wir in den Bezirken mit den zur Verfügung stehenden Kräften auskommen. Voraussetzung ist, daß unsere Genossinnen etwas wissen, nicht bloß sozialistische Lehren, und daß sie sich vor dem Auftreten als Rednerinnen nicht scheuen. Wie es in manchen Bezirken glänzend vorwärts gegangen ist, so muß es überall werden. — Volks- oder Frauenversammlungen abhalten, hängt von den örtlichen Umständen ab. Man muß gut und vor allem auch durch die Presse sorgfältig vorbereiten, um einen guten Erfolg zu erzielen. In einer gutbesetzten, besetzten Versammlung werden auch leicht die Kosten aufzubringen sein. Ein schönes Beispiel ist schon ein Stück Agitation. Ein geeigneter Tag und geeignete Tageszeit müssen gewählt werden. Ein lebhaftes Eröffnungsstück ist die ergebende Stimmung. Wir sollten überhaupt mehr tun, wie es früher in Parteiversammlungen Sitte war, um die indifferenten Frauen zu gewinnen. Die Werbung von Mitgliedern in Versammlungen muß durch besondere Kommissionen ausgenutzt werden. Aufs neue können die Arbeiterfrauen den Wahragitationen und der Kirche zu. Da müssen wir ihnen die ergebende Idee des Sozialismus einflößen und sie unter unseren dauernden geistigen Einfluß bringen. — Bestrebungen in unmittelbarer Nachbarschaft haben den besten Erfolg gehabt. Dazu müssen wir weibliche Vertrauenspersonen in den Betrieben haben. Die Agitation unter den Hausfrauen ist hündig und nicht nur vor den Wahlen auszuüben. Hausfrauenversammlungen mit geeigneten Themen sind unüberwunden. Besonders wichtig ist auf die Agitation unter den Hausangestellten zu legen, deren Organisation härter von uns versucht werden muß. Die Landarbeiterinnen dürfen nicht vergessen werden. Das Agitationsmaterial dazu ist in allen Dingen verschieden und kann nicht verallgemeinert werden. Unsere Genossinnen müssen in die Agitationskommissionen hineingehen und vor allem als Hausfrauen ihre eigenen Einfluss geltend machen. Der Agitation unter den Postbeamtinnen, der nächstbesten Arbeiterkategorie, muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. — Von Zeit zu Zeit muß die Agitation in ganzen Bezirken zugleich vorgenommen werden. Die „Roten Wochen“ haben uns immer Erfolg gebracht. Bei Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsverfahren muß unter den Genossinnen agitiert werden. Besondere Anstrengungen sind bei den Wahlen immer zu fordern. Wenn die Arbeit der Genossinnen von den Parteigenossinnen immer richtig gewürdigt wird, werden die Genossinnen auch mit größerem Eifer tätig sein. Vor allem muß die Parteileitung darauf hinwirken, welche wichtige Hilfe die Genossinnen der Partei leisten. Mehr als bisher muß die Schulung der Genossinnen gefördert werden durch Vorträge und Kurse. Für die Genossin Zieg einen kleinen Zeitspenden verpflichtet. Kinderkommissionen, Elternräte müssen ausgebaut und die Bestrebungen zentralisiert werden. Die Jugendorganisationen müssen in inniger Verbindung mit unseren Frauenorganisationen gebracht werden. Die Herausgabe von Broschüren und Flugblätter wird ein frommer Wunsch bleiben, solange nicht die Genossinnen für einen regen Absatz sorgen. Die „Kämpferin“ muß in allen Versammlungen und Organisationen verkauft werden, die Genossinnen müssen sie durch eifrige Mitarbeit unterstützen. Die Arbeiterklasse wird ihren Kampf nicht siegreich zu Ende führen können, wenn es ihr nicht gelingt, die Frau für den Sozialismus zu gewinnen. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion

Nach der Mittagspause beginnt die Aussprache über die Ausführungen der Genossin Zieg.

Genossin Schuberth (Berlin) begründet den Antrag der Brandenburger Genossinnen, der regere Agitation für die „Kämpferin“ und Einsetzung einer Pressekommision von 10 Genossinnen zur Unterstützung der Redaktion verleihe.

Genossin Schröder (Ahl) hat vor der Spaltung eine sehr gute Frauenbewegung, die durch die Spaltung fast völlig ruiniert wurde. Inzwischen haben wir durch Agitation, wie im Sinne der Genossin Zieg ausgeführt wurde, recht gute Erfolge erzielt. Es ist wünschenswert, daß die Generalkonferenz auch Genossinnen über 30 Jahre als Schlichterinnen zuläßt.

Genossin Weiler (Leipzig): Wir müssen verhindern, daß die ärgerlichen Parteien die Rechte der Frauenwahlrechts werden. 685 000 Frauen sind gewerkschaftlich organisiert. Diese müssen auch für die politischen Organisationen gewonnen werden. Weibliche Betriebskomitees müssen ausgebildet werden. Bei Frauenpersönlichkeiten soll man nicht nur an das gesellschaftliche Bedürfnis appellieren.

Genossin Buhlmann (Leipzig) schilderte die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Genossinnen in Schlesien zu kämpfen haben.

Genossin Wengels (Berlin) unterbreitet den Antrag Berlin-Brandenburg, besonderes Agitationsmaterial für die Frauen herauszugeben.

Genossin Bauer (Leipzig): In die Frauen in ihrem engen Kreis der häuslichen Wirtschaft müssen wir herantreten, und sie mit sozialistischen Idealen erfüllen, ebenso an die Hausangestellten. Die Beteiligung an der Hausagitation läßt bei den Genossinnen noch viel zu wünschen übrig.

Genossin Jung (Dresden) unterstützt den Antrag Berlin-Brandenburg, betr. Referentenmaterial. Sie befürwortet die Einsetzung einer Pressekommision für die „Kämpferin“ und ferner, daß die „Kämpferin“ nur einmal im Monat erscheinen soll. Sie müßte anders ausgestaltet werden, insbesondere müßte auf die Wünsche und Interessen der noch ungeschulten Genossinnen Rücksicht genommen werden. Die Frauen greifen zu den Modezeitungen hauptsächlich wegen der Romane, deshalb müßte auch die „Kämpferin“ gute Romane enthalten. Die Frauen sollen auch die Gewerkschaftspressen lesen, sie sei geeignet, die Frauen in jeder Weise zu schulen.

Genossin Schwan (Nürnberg) führt aus, welchen Einfluß die Frauen auf die Politik ausüben könnten, wenn sie sich ihrer Macht bewußt würden. Der Weltkandtag wird zum größten Teil zu nichte gemacht von unseren Arbeiterinnen selbst. (Sehr richtig.) Eine besondere Frauenfrage wäre es, wenn sich unsere Frauen mit der sozialen Lage der Kleinrentner und Rentnerinnen beschäftigen würden. Die Sozialrenten stehen noch unter den Armenunterstützungen. Die Sorge um die Kriegsschädigten muß auch eine Aufgabe der Frauen sein. (Bravo.)

Genossin Herz (Berlin) erinnert an das Wort Otto Brauns: Man dürfe nicht auf die Frauen schimpfen, sondern man müsse versuchen, sie zu gewinnen. Eine wirkliche Gleichberechtigung der Frauen gibt es noch nicht. Die Frauen müssen ihre Hauswirtschaft auf eine neue Grundlage stellen. Zur Selbsthilfe können sie auf dem Wege des genossenschaftlichen Hausbetriebes gelangen. Wir müssen den Frauen helfen, damit sie instande sind, unsere Literatur aufzunehmen. Die Frauenliteratur muß auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Rednerin geht auf die Ausgestaltung der „Kämpferin“ ein. Eine Verschmelzung der „Kämpferin“ mit der „Schaffenden Frau“ ist nicht zu empfehlen. Unpraktisch ist es auch, einen Roman in eine 14 tägig erscheinende Zeitschrift aufzunehmen.

Gen. Saengerkreit (Düsseldorf) warnt, bei den Frauenversammlungen das Gefellige allzu sehr hervorzuheben. Das Erzieherische müsse in den Vordergrund gestellt werden. Die Frauen sollten bei den Genossinnen die Hausführung selbst betreiben. Die „Kämpferin“ muß Kampfortan bleiben und darf nicht Unterhaltungsblatt werden.

Es wird beschlossen, zu diesem Punkt nur noch über die „Kämpferin“ zu sprechen.

Genossin Agnes (Düsseldorf): Die „Kämpferin“ muß als Kampforgan bestehen bleiben, und deshalb muß der Antrag Groß-Dresden abgelehnt werden. Wir wollen keine Romane und Bilder in der „Kämpferin“ sehen. Die Genossinnen vom Niederrhein sind mit der Redigierung der „Kämpferin“ einverstanden, nur die Kinderbeilage muß ausgebaut werden. Die Rednerin kritisiert einzelne Artikel der „Schaffenden Frau“. Diese sollte ganz aus der Reihe der Tageszeitungen verschwinden. Der Berliner Antrag solle abgelehnt werden. Eine Aufsicht über die Redaktion der „Kämpferin“ verleihe sie nicht. Beschwerden könnten der Kontrollkommission unterbreitet werden.

Genossin Opitz (Gera) erklärt, daß die Genossinnen von Thüringen gegen die Pressekommision über die „Kämpferin“ seien. Ebenso könne sie sich nicht mit der Verschmelzung der „Kämpferin“ mit einer Modenzeitung einverstanden erklären.

Der Antrag auf Verschmelzung der „Kämpferin“ mit der „Schaffenden Frau“ wird schließlich zurückgezogen.

Genossin Zieg geht auf den Antrag der Berliner Genossinnen auf Schaffung einer Pressekommision für die „Kämpferin“ ein. Der Antrag ist gut gemeint, er verstößt aber gegen das Parteistatut, ist auch von weittragender Bedeutung. Es würde nicht das erreicht werden, was beabsichtigt sei. Die Wege, die Genossin Herz uns gezeigt hat, sind nicht neu. Die Rednerin tritt dafür ein, daß die Berliner Genossinnen ihren Antrag zurückziehen. Eine Pressekommision kann hier nicht gewählt werden, und auf dem Parteitag würde dieser Antrag glatt durchfallen. Die Rednerin wendet sich gegen die Auffassung, daß gewerkschaftliche Frauenzeitschriften als Muster anzusehen seien.

Genossin Warm geht auf die gedruckten Anregungen ein. Es mögen nur recht viele Beiträge der „Kämpferin“ zugehen, sie sollen nicht zurückgewiesen werden. Jeder Nummer der „Kämpferin“ eine Kinderbeilage beigegeben, ist noch nicht möglich. Alle Nummern der „Kämpferin“ können billig für die Zwecke der Agitation bezogen werden. Es fehlen auch Artikel zur Landagitation. Die „Kämpferin“ hat eine Auflage von 38 500 Exemplare. Noch nicht die Hälfte der weiblichen Mitglieder bezieht die „Kämpferin“. Die Rechtssozialisten haben bei 200 000 weiblichen Mitgliedern nur 11 000 Abonnenten auf die „Kämpferin“. Dies erfordert einen Zuschuß von 100 000 M. Die „Kämpferin“ muß ohne Zuschuß auskommen, und sie kommt auch aus.

Genossin Plötke (Leipzig) meint, der Inhalt der „Kämpferin“ beruhe nur auf einer falschen Einstellung. Der Inhalt bleibe immer in den Anfängen stecken, er bleibe daher flach und bietet den Fortschrittlerinnen zu wenig. In der „Kämpferin“ sollen nicht nichtsagende Artikel veröffentlicht werden.

Genossin Christmann (Bremen) betont, daß die Genossinnen ihres Bezirks mit dem Inhalt der „Kämpferin“ zufrieden sind. Die Kinderbeilage ist auch gut. Sie sollte nur alle 14 Tage erscheinen. Rednerin warnt vor jeder Neuerung.

Genossin Kimmel (Dresden) legt die Gründe dar, die für den Antrag auf Verschmelzung der „Kämpferin“ mit der „Schaffenden Frau“ maßgebend gewesen sind.

(Schluß des Berichts im Hauptblatt.)

Entwurf eines Agrarprogramms

Von Dr. Wilhelm Grunach

III*)

Mahnahmen zur Steigerung der Produktion

2. Sicherung einer technisch und wissenschaftlich möglichst einwandfreien Produktion durch obligatorische Ausbildung (Bescheinigungsnachweis) und Fortbildung der Landwirte sowie durch Einrichtung sachverständiger Kontroll- und Beratungsstellen, denen auch die Föderung von Zuchtvieh und Zuchttaugut zu übertragen wäre.

Gesetzliche Verpflichtung zur Buchführung über den Betrieb. Begründung: Ueber die Wichtigkeit der gründlichen Ausbildung der Landwirte wurde schon gesprochen (siehe auch „Freiheit“ Nr. 516 vom 3. November 1921; Landwirtschaftliche Zeitfragen). Bauhaus, der berechnet, daß man schon bei dem heutigen Stande der Wissenschaft in Deutschland nicht 60, sondern 90—100 Millionen Menschen gut ernähren könnte, hält die mangelhafte wissenschaftliche Bildung der Landwirte für die Hauptursache der jetzigen geringen Produktion.

Das Vorbild für die Kontroll- und Beratungsstellen sind die Viehkontrollstellen der Viehkontrollvereine, welche glänzende

*) Siehe Nr. 580 und 586.

Erfolge haben und von den Landwirten selbst gebildet worden sind.

3. Erleichterung der Benutzung neuzeitlicher technischer Hilfsmittel (Maschinen, Feldweilmaschinen, Elektrizität, Zuchttaugut) durch gesicherten Staatstredit an leistungsfähige Zweckgenossenschaften oder Einzelandwirte, insbesondere Förderung des Ertrages des Spannviehs durch mechanische Einrichtungen.

Begründung: Die Anbaufläche für Futtergetreide betrug im Durchschnitt 1900—1917 etwa 6 Millionen Hektar, allein die Haferfläche 44 Millionen Hektar. Durch Ertrag der Spannviehs durch mechanische Einrichtungen wenigstens in Groß- und Großbauernbetriebe könnten mindestens 2 Millionen Hektar für Erzeugung von Brotgetreide frei werden, was bei der heutigen Brotgetreidefläche von 8 Millionen Hektar ein großer Gewinn wäre. Das für Zugochsen verbrauchte Futter könnte für Milchvieh besser verwendet werden.

4. Förderung des Intensivbetriebes durch Begünstigung des Hackfruchtbaues und der ausgiebigen Ausnutzung des Bodens durch Einlaß und Stoppelfrüchtbau.

Begründung: Der Hackfruchtbaue ist nach dem Urteil der Praktiker und Theoretiker (Fümler, Delbrück) der Edlstein des Intensivbetriebes, weil er durch Bearbeitung, Wachstumsart und Ernte den Boden physikalisch und chemisch verbessert. Einlaß von langsam wachsenden Futtermitteln in schnell wachsende, das Feld früh verlassende Hackfrüchte, gibt noch im Spätherbst eine Ernte von Futtermitteln von der Getreidefläche, also doppelte Ernte Stoppelfrüchtbau von Gründungsplanzen nach dem Getreide gibt eine Stützfrucht für das nächste Jahr. Allerdings ist das nicht auf jedem Boden möglich.

5. Förderung der Melioration des Bodens durch staatliche Unterstützung mit Meliorationshypotheken an leistungsunfähige Zweckgenossenschaften oder Einzelandwirte.

6. Gesetzliche Bestimmungen über die Beseitigung der städtischen Abfallstoffe (Käkalien, Küchenabfälle usw.), nicht nur nach dem Prinzip der Städtehygiene sondern auch nach den Bedürfnissen der Landwirtschaft und Bestimmungen über ihre ökonomische Verwendung.

Begründung: Der Wert der Käkalien als Dünger dürfte bekannt sein. Auf dem Lande werden dieselben deshalb dem Stalldünger beigegeben aus den Kleinstädten von den Landwirten aus Tonnen und Sentgruben abgeholt. Von den Käkalien der Mittel- und Großstädte hat die Landwirtschaft fast gar nichts. Die Abgänge der 22 Millionen in Städten über 20 000 Einwohnern wohnenden Menschen werden nur nach dem Prinzip beiläufiglich ihrer zu entsorgen. Sie werden entweder durch planlos verfallende Klärorfahrungen verdorben oder auf Kieselfeldern verstreut, wo sie zum Ueberfluß die Pflanzen noch krank machen.

7. Gesetzliche Bestimmungen über die Beilegung von Unkraut, tierischen und pflanzlichen Schädlingsen und Pflanzenleichen.

Begründung: Auf die hohe Bedeutung dieser Schädlingsen der landwirtschaftlichen Produktion hat besonders Dr. Heim vor der Sozialforschungs-Kommission hingewiesen. Die Bekämpfung dieser Schädlingsen ist ebenso wichtig, wie die jetzt schon gesetzlich geordnete Bekämpfung der Tierleichen.

8. Maßnahmen zur Hebung der materiellen sozialen und geistigen Lage der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten.

1. Gesetzliche Bestimmungen über hygienisch einwandfreie und ausreichende Wohnungen und über Wohnungsbau durch die Gemeinden. Unabhängigkeit des Miets- und Pachtvertrages von dem Arbeitsvertrag.

2. Sicherung ausreichender Löhne, besonders durch Vorschriften über die Berechnung des Naturallohnes und des etwa überlassenen Bodens.

3. Rechtschutz: Sicherung des Koalitionsrechts der Landarbeiter, Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Organisationen, Schutz ihrer Vertreter gegen Willkür, Landarbeitergerichte nach Art der Gewerbegerichte, Sachverständige Gewerbeinspektion für Land- und Forstwirtschaft.

4. Gesetzlicher Schutz der Arbeiter und Angestellten der Land- und Forstwirtschaft gegen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft: Bestimmungen über Arbeitszeit, Ueberstunden und Sonntagsarbeit unter billiger Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten der Landwirtschaft, über Frauen-, Kinderarbeit, Arbeit von Schwangeren, Wanderarbeit.

Begründung: Bei diesen Bestimmungen wird man auf den eigenartigen Charakter der Landwirtschaft schon Rücksicht nehmen müssen, ihrer Abhängigkeit von Klima, Witterung bei Bestellung und Ernte, Verderblichkeit in manchen ihrer Frühen Produkte, z. B. der Milch usw., zumal da bei plötzlicher Notwendigkeit erhöhtem Arbeitsbedarf nicht durch Mehrereinstellung von Arbeitskräften geholfen werden kann. Andererseits muß schrankenlose Ausbeutung durch feste Grenzen verhindert werden. Die Festsetzung der Grenzen muß dem Urteil praktischer Landwirte und Arbeiter überlassen bleiben.

5. Beteiligung der Land- und Forstarbeiter am Gemeindeleben, Paritätische Vertretung in den Berufsorganisationen (Landwirtschaftskammern, Gewerbevereine usw.).

Begründung: Dieser Punkt ist wesentlich zur Ausbildung der Landarbeiter in den Fragen der landwirtschaftlichen Verwaltung, der großen Meliorationen, der die Landwirtschaft im allgemeinen betreffenden Fragen der Wissenschaft und Technik.

6. Hebung des ländlichen Schul- und Fortbildungsschulwesens unter besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen.

Begründung: Um der zukünftigen Gesellschaft einen Landarbeiterstamm zu übergeben, der seinen Aufgaben in der praktischen Arbeit und besonders in der Kontrolle und evtl. Beratung des Betriebsleiters gewachsen ist, muß man die Bildung der Landarbeiter bedeutend heben. Neben guter allgemeiner Schulbildung ist besonders auf das Verständnis für die speziellen Fragen der Landwirtschaft Wert zu legen. So könnte der Nebenunterricht sich auf landwirtschaftliche Buchführung erstrecken, der naturwissenschaftliche Unterricht auf die Grundzüge von Chemie, Physik und Bakteriologie des Bodens, der Lebensfähigkeit von Pflanze und Tier, unterstützt durch Demonstrationen auf besonderen Schulplätzen.

7. Versorgung der saisonmäßig beschäftigten oder gebundenen Landarbeiter (Feldarbeiter, Eindinger, Pargellenbauern) mit ausreichender, für sie passender Winterarbeit.

Begründung: An verschiedenen Stellen (Sozialist, Freiheit, Neue Zeit) wurde schon darauf hingewiesen, daß die Hauptursache der Landflucht und ihrer Folge, der Deutenot, nicht in der materiellen und geistigen Not der Landarbeiter zu suchen ist, sondern in dem Wesen der neuzeitlichen Landwirtschaft, welche ein sommerlicher Saisonbetrieb ist und im Winter einen großen Teil der Landarbeiter beschäftigt und einkommenslos läßt. Daraus wird auch eine sozialistische Umwandlung der Landwirtschaft nichts ändern oder sie wird einen Teil ihrer Arbeiter im Winter beschäftigungslos, also ihre Arbeitskraft unproduktiv lassen. Eine Heilung dieses Krebsleidens kann nur bestehen in der Beschaffung von ausreichender Winterarbeit. Diese aber muß für sie passen. Es kann kaum eine saisonmäßige Verlesung von Landarbeitern in die städtische Industrie oder von Industriearbeitern in die Landwirtschaft in Frage kommen, weil Landwirtschafts- und Industriearbeit besonderer langwieriger Ausbildung bedürfen. Deshalb wurde in der Begründung zu Punkt 6 die Verlegung der Wertungsindustrie für landwirtschaftliche Produkte aufs Land empfohlen. Diese Industrien sind fast alle gleichfalls Saisonbetriebe oder können ohne Schaden vorübergehend feiern oder beschränkt werden: ihre Saison beginnt, wenn die Landwirtschaft endet; endlich sind sie alle so mechanisiert, daß sie mit einem kleinen Stamm gelernter Dauerarbeiter auskommen, im übrigen aber ungelernete Saisonarbeiter brauchen. Der Bedarf der Landwirtschaft an Sommerarbeitern und der Wertungsindustrie an Winterarbeitern dürfte sich decken.

Weibliche Gewerkschaftsmitglieder

Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem drängt immer mehr weibliche Arbeitskräfte in den Produktionsprozess hinein und kann ihrer heute nicht mehr entzogen. Die „Heiligkeit“ der Ehe und der Familie ist gesprengt, und das eiserne Maß unserer Gesellschaftsordnung drückt dem größten Teil des weiblichen Geschlechts ihren Stempel auf. Fast gibt es heute keinen Beruf mehr, in welchem nicht auch Frauen beschäftigt sind. Der Krieg hat diesen Prozess noch beschleunigt und die Zahl derer, die hofften, ihre wirtschaftliche Tätigkeit als eine nur vorübergehende auszuüben, wurden grausam enttäuscht.

Diese Tatsachen blieben nicht ohne Rückwirkungen. Die deutschen Gewerkschaften, die vor dem Kriege rund 290 000 weibliche Mitglieder nur zählten, können heute 1 682 786 weibliche Mitglieder aufweisen. Vor dem Kriege bildete das weibliche Element in unseren deutschen Verbänden etwa den zwölften Teil. Heute beträgt der Prozentsatz 21,24 der Gesamtmitgliedschaft oder mehr als ein Fünftel. Wie das Zahlenverhältnis in den einzelnen Gewerkschaften aussieht, geht aus einer wertvollen Aufstellung in der Nr. 26 der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ vom 28. Dezember v. J. hervor. Vom 30. Juni bis 30. September v. J. konnte eine Zunahme von 67 081 und eine Abnahme von 19 413 weiblichen Mitgliedern verzeichnet werden. Der Anteil an dem Mitgliedererwerb und -verlust ist bei den Organisationen sehr verschieden, ebenso wie ihr Stand an weiblichen Mitgliedern überhaupt.

Die Textilarbeiter z. B. haben 401 258, Fabrikarbeiter 178 461, Landarbeiter 170 043, Metallarbeiter 161 862, Tabakarbeiter 99 642, Buchbinder 57 017 und Gemeinde- und Staatsarbeiter 55 590, während die übrigen Gewerkschaften von einigen wenigen bis zu mehreren Hunderten und ein paar tausend weibliche Organisationsangehörige zählen. So verzeichnen die Zimmerer 11 weibliche Mitglieder, die Glaser 34, die Maschinisten 136 und die Bäcker 375. Die Buchdrucker, die gar nur 5 Mitglieder zählen, fehlen in der Aufstellung. Zehn Verbände, und zwar: Asphaltreue, Bauarbeiter, Buchdrucker, Dachdecker, Feuerwehrmänner, Kupferschmiede, Polierer, Schiffszimmerer, Säbenschleifer und Steinsetzer, führen noch keine weiblichen Mitglieder in ihren Reihen.

Die härtesten Einbußen erlitten der Metallarbeiterverband mit 7106, Transportarbeiter 5792 und der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband vorer in der angegebenen Zeitspanne 2634. Da die Fluktuation in diesen Verbänden überhaupt nicht zu bannen ist und da das weibliche Element schwerer zu organisieren ist, so ist dieser Verlust erklärlich, der in Kürze wieder wettgemacht werden dürfte. Wir unterschreiben das Urteil, das das Organ über diesen weiblichen Mitgliederverlust fällt, wenn es erklärt, daß gerade in diesen Verbänden der Organisierung der weiblichen Arbeitskräfte und ihrer Schulung zu überzeugten Gewerkschaftlern größeres Augenmerk zu widmen sei. Weiter heißt es: „Diese Schulung ist schon deshalb notwendig, weil mit wenigen Ausnahmen die weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften zu wenig Anteil am gewerkschaftlichen Leben nehmen und die Arbeiten für die Organisation in der Regel den Männern überlassen. Manchmal mag die Schuld nicht bei den Frauen liegen, zumeist aber liegt es an ihnen, daß in den Verwaltungen Männer tätig sind und zu Kongressen und Konferenzen selbst von solchen Organisationen, die in der Mehrzahl aus weiblichen Mitgliedern bestehen, entweder nur Männer delegiert werden oder doch nur ganz vereinzelt Frauen. Diese Tatsache muß ganz selbstverständlich den Anschein erwecken, als gestatte die bei uns übliche Organisationsform den Frauen nicht, ihre Rechte zu wahren und zu vertreten. Sie hat schon dazu geführt, Sonderveranstaltungen für Frauen, selbst solche internationaler Art, zu propagieren und ins Leben zu rufen. Wir wissen, daß die bei uns übliche Form der Organisation, die Zusammenfassung von Männern und Frauen aus dem gleichen Beruf in einem gemeinsamen Verband, zur Erreichung der gewerkschaftlichen Ziele die z w e c k m ä ß i g s t e ist. Es wird aber zur Gewinnung der weiblichen Arbeitskräfte für die Organisation und zur Festigung an sie erheblich beitragen, wenn diese sehen, in der Verwaltung, auf ehrenamtlichen und bezahlten Posten arbeiten Frauen mit.“

U.S.P.D. Betriebsräte der Metallindustrie

Am Dienstag, den 10. Januar 1922, abends 8 Uhr, findet in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße, die Betriebsräte-Verammlung der Metall-Industrie statt. Tagesordnung: Bericht vom Betriebsräte-Kongress in Leipzig. Es werden alle Genossen aufgefordert, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Wir hoffen, daß die Winne alleits beachtet werden, und daß der weibliche Arbeitnehmer aus sich heraus den edlen Weistreit mit dem männlichen Mitarbeiter auf allen gewerkschaftspolitischen Gebieten aufnimmt und ihn glänzend bestreift. Denn, „wir alle haben ein Interesse an der Erfassung aller in der Arbeit stehenden Männer und Frauen durch die Organisation. Jede unser fernstehende Arbeitskraft ist eine Gefahr für unsere Arbeitsbedingungen.“

Darum: Auf ans Werk, zur Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder und zu ihrer Erziehung zu überzeugten Gewerkschaftern“.

05 Pfennig Monatsgehalt

Die Gehälter in den Drogerien und Apotheken.

Erst kürzlich wurde in den Arbeiter-Zeitungen auf einen Fall bei einer Potsdamer Apotheke hingewiesen, wo eine 31-jährige Angestellte, die dort als Helferin tätig ist, das fürsichtige Monatsgehalt von 200 M. erhielt. Ganz besonders schlecht ist es aber um die in den Drogerien beschäftigten Angestellten bestellt. Bei der Drogerie Otto Stengel, Wilmersdorf, Kälberplatz, wird ein Lehrling beschäftigt, der ein Monatsgehalt von 40 M. (Wierzig Mark) erhält. Im November wurde dem Betreffenden davon außer den Beiträgen für Krankentasse und Invalidenversicherung in Höhe von 14,35 M. noch das Schulgeld (26 M.) abgezogen, so daß also der junge Mann ganze 65 Pfennig bei der Gehaltszahlung bekam. Ueberhaupt werden Monatsgehälter von 30 bis 50 M. für Lehrlinge in Drogerien im 1. Lehrjahr festsetzt überschritten. Ein geprüfter Gehilfe erhält nach 14 Berufsjahren das fürsichtige Monatsgehalt von 1440 M. Hieron gehen natürlich noch die geschuldenen Abzüge ab.

In erster Linie schuld an diesen traurigen Verhältnissen ist der Umstand, daß die Angestellten dieses Handelszweiges noch eigene kleine Verbände haben, die gar nicht in der Lage sind, den Unternehmern gegenüber energisch aufzutreten. In diesen Vereinen sitzen traulich neben den Angestellten die Herren Chefs als Ehrenmitglieder, die Angestellten sind glücklich darüber und hungern weiter. Es kann den Angestellten der Drogerien und auch der Apotheken nicht dringend genug empfohlen werden, sich endlich freigewerkschaftlich zu organisieren. Als zuständige Organisation kommt nur der Zentralverband der Angestellten (Ortsbureau SW 61, Belle-Alliance-Str. 7-10) in Frage.

Wir weisen bei dieser Gelegenheit auch noch darauf hin, daß am Montag, den 9. Januar 1921 im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, abends 8 Uhr, eine Versammlung der in den Drogerien tätigen Angestellten stattfindet. Der Besuch dieser Versammlung kann nicht dringend genug empfohlen werden.

U.S.P.D. Fraktionsvorstände

Für die Fraktionsvorstände der Gewerkschaften und Betriebe, politischen Vertrauensleute, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsobleute und Betriebsräte aller Industrien findet am Donnerstag, den 12. Januar 1922, abends 7 Uhr, in den Sophienkäden, Sophienstr. 17-18, eine Versammlung obgenannter U. S. P. D. Funktionäre statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den kommenden Betriebsratswahlen. Referent: Genosse Ziska. 2. Organisationsfragen.

Pflicht eines jeden Genossen ist es, an dieser wichtigen Konferenz teilzunehmen. Partei, und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D. J. A. A. Holz.

zum Müllkutschersstreik

Wortbruch der Unternehmer

Was zunächst Vermutung gewesen ist, daß der Geschäftsleitung der Wirtschaftsgenossenschaft der Streik willkommen ist als Mittel zum Zweck, das kann jetzt durch das Verhalten der Direktion als bewiesene Tatsache gelten. Am 2. d. M. konnte der Streik beendet sein, denn die Arbeitnehmer hatten das Angebot der Direktion, 250 M. Teuerungszulage für Dezember zu gewähren, angenommen. Das Streikobjekt war damit beseitigt. Daß die Beilegung des Streiks der Geschäftsleitung wider den Strich geht, ist schon daraus ersichtlich, daß die von den Arbeitnehmern gewünschte Verhandlung absichtlich von der Direktion bis zum 5. d. M. hinausgezögert wurde, Direktor Billing gab dies auch zu. Hiermit ist der Beweis erbracht, daß die Geschäftsleitung den Streik braucht und damit bestimmte Zwecke verfolgt. Es ist wohl anzunehmen, daß die Behörden der Gewerkschaft den Gesellen nicht tun und weitere Mietzinserhöhungen bewilligen werden.

Jetzt, wo durch die Annahme des Angebots der sofortigen Arbeitsaufnahme nichts im Wege stand, zog die Direktion, um dies zu verhindern, plötzlich ihr Angebot in der Verhandlung zurück. Auch will sie jetzt die Rechte der Betriebsräte beschränken, den bestehenden Urlaub erheblich kürzen, einen Abbau der Zahlung des Lohnes bei Unfällen und Krankheitsen sowie der übrigen sozialen, tariflichen Bestimmungen vornehmen.

zugerufen sollen die jetzigen Löhne bis zum 30. April Geltung behalten.

Die Arbeitnehmer lehnen natürlich diese Verschlechterungen ab. Die Geschäftsleitung treibt offensichtlich Sabotage und den Streik weiter, anstatt zu verhandeln und leitet ihren Herrenstandpunkt brutal heraus. Die Folge ist das gesundheitswidrige Anhäufen von Müll in den Häusern. Das Gesu und heit so mit hätte hier eigentlich eine lohnende Mission eingzugreifen. Ebenso müßte der Reichsarbeitsminister diesen wortbrüchigen Sachteuren das Handwerk legen.

Wenn aber die Direktion glaubt, die Müllkutscher durch den Streik auf die Knie zu zwingen, so irrt sie sich ganz gewaltig, denn sie sind fest entschlossen, den ihnen aufgezwungenen Streik durchzuhalten.

Für ein internationales Landarbeiterprogramm

Walker, der Generalsekretär des britischen Landarbeiterverbandes, der auch an den Beratungen der Dritten Internationalen Arbeiterkonferenz in Genf teilnahm, schreibt in einem Artikel in „The Landworker“, daß nach den dort genommenen Beschlüssen zu urteilen nicht eben Bedenkliches geseheet worden sei. Es müsse jedoch daran erinnert werden, daß die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern ganz kolossal voneinander abwechen und die Arbeitsbedingungen in manchen Ländern derart handlös sind, daß selbst diese bescheidenen Anregungen eine wirkliche Reform darstellen.

Die Arbeiterkonferenz habe eine Art Minimumprogramm aufgestellt. Auf die Frage, was nun geschehen sollte, meint Walker:

„Ich glaube, daß wir nun eine konkrete Basis haben, auf der unsere eigene Landarbeiter-Internationalen ihre Arbeit beginnen und ein Programm für eine internationale Aktion unter dem Landarbeiterproletariat aufbauen kann, das die Landarbeiterbewegung in praktischer und idealer Hinsicht fördern könnte.“

Wir haben schon im anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Weltreaktion auf der Internationalen Arbeiterkonferenz deutlich zu hören war. Auch Walker sieht an, daß der Arbeiterkampf nur Hilfe aus eigener Kraft erwarren kann und sie sich selbst alle Errungenschaften im harten Klassenkampf erkämpfen muß. Dieser Einsicht muß nun überall die Tat folgen.

Kündigungen im Reichsschatzministerium

Die Abteilung III des Reichsschatzministeriums hatte die Aufgabe, die durch die Demobilisation notwendigen Erfassung- und Ermittlungsarbeiten zu leisten. Das Amt soll jetzt aufgelöst werden. In dieser Dienststelle sind nun 22 Kündigungen vorgenommen worden, denen weitere folgen sollen. Der Betriebs- und Angestelltenrat nahm am 5. Januar zu dieser Angelegenheit Stellung und wandte sich insbesondere gegen die Auslegungsgesellschaften des Reichsschatzministeriums. Zu der Versammlung wurde daraufgelegt, daß durch die Auflösung des Staatsinteresses geschädigt würde. Bei den Entlassungen hat man auch nicht die Zustimmung des Betriebsrates eingeholt, der einfach am 23. Dezember vorigen Jahres vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Der Minister Bauer machte in einem Schreiben geltend, daß die Auflösung der Dienststelle eine Maßnahme der geschehenden Körperreform ist und deshalb der Betriebsrat nicht zu hören sei. Es wurden noch viele interne Mitteilungen über die Reaktion u. a. in diesen Kreisen gemacht, und in der Diskussion waren sich alle Redner einig, daß hier das Betriebsrätegesetz verletzt würde.

Beschlossen wurde, eine weitere Versammlung am 12. Januar einzuberufen, zu der Minister Bauer geladen werden soll.

Die Interpretation des Reichsschatzministers Bauer, des früheren Vorsitzenden des A. D. G. B., bezüglich des Betriebsrätegesetzes scheint eine falsche zu sein, und es könnte nicht scharf genug der urteilt werden, wenn dies tatsächlich zutreffen sollte. Wir hoffen, daß durch Verhandlungen der Streikpunkt beseitigt und die Reichs-gesetze respektiert werden. Auch vom Minister Bauer.

Angestelltenversicherungswahl

Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten, die sich zur Wahlhilfe am heutigen Sonntag zur Verfügung stellen und kein Beschränkung der Organisation erhalten, melden sich heute, 11 Uhr vormittags, im Zweigbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Kommandantenstr. 63/64.

Veranstaltung des Jugendrats

Am Sonntag, den 22. Januar, nachm. 5 Uhr, veranstaltet der freigewerkschaftliche Jugendrat in der Stadthalle Berlin C. Klosterstr. 47-59 einen Lehrfilm- und Lichtbildvortrag unter Mitwirkung des Männerchores „Olympia“, Mitglied des D. L. S. B. Programm: I. Teil: Lebensläufe bei der Arbeit - Händlung im Akt - Erblühende Pflanzen u. a. II. Teil: Naturausnahmen (Frühling, Sommer, Herbst, Winter). III. Teil: Wäde aus der Arbeiterbewegung.

Die hochinteressanten Vorführungen werden durch Vortrag es erläutert. Einlaß 5 Uhr. Beginn 5 1/2 Uhr. Eintrittskarten zu Preise von 3 Mark sind erhältlich: Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend, Engelsufer 24/25, Zimmer 13, in den Jugendsekretariaten des Transportarbeiter-Verbandes, Zimmer 85, des Metallarbeiter-Verbandes, Berlin C. 54, Lindenstr. 83-85.

Advertisement for PRYM'S ZUKUNFT DRUCKKNOPF. The ad features a central circular logo with the letters 'P R Y M' and 'W O R L D' around it. Below the logo, the text reads 'PRYM'S ZUKUNFT DRUCKKNOPF' in large, bold letters. At the bottom, it says 'WILLIAM PRYM G. * M. * B. * H.' on the left, 'DIE WELTMARKE' in the center, and 'STOLBERG RHD BERLIN C 2 WIEN 1' on the right. The background is a stylized landscape with a sunburst effect behind the logo.